

Politische Berichte ★

Nummer 3 / 18. Jahrgang

6. Februar 1997

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigt Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Regierungsziel: Armut und Not für Alte und Kranke

Die von der Regierung geplante Steuer- und Rentenreform dient vor allem der Förderung des Reichtums der ohnehin Reichen

Wer geglaubt hatte, die Regierung Kohl sei nach den Rückschlägen mit ihrem Lohnfortzahlungsgesetz und Seehofers Gesundheitsreform angeschlagen, wurde in den letzten Tagen eines besseren belehrt. Die von Waigel vorgelegte Steuerreform und die kurz darauf von Blüm präsentierten Grundzüge einer neuerlichen Rentenreform übertreffen an Brutalität gegenüber Armen und Schwachen und Breite des Angriffs bis in die gehobenen Facharbeiter und die Mittelklasse hinein bei gleichzeitiger Förderung der Spitzen-dienenden, vor allem der Konzerne, alles, was sich die Regierung im letzten Jahr geleistet hat.

Zwar ist der Streit um Einzelheiten heftig wie schon lange nicht mehr, so daß Optimisten schon das „Ende des Systems Kohl“ einläuten wollen. Aber leider geht der Streit mehr darum, ob man die bei der Steuerreform vorgelegte Brutalität bei der Rentenreform beibehalten oder womöglich sogar noch steigern soll, wie die FDP und Teile der Union verlangen.

Da die Einzelheiten beider Vorhaben in den Tageszeitungen bereits hin und her gewendet wurden, soll hier nur auf wichtige Teile eingegangen werden.

1. Die von Waigel vorgelegte Steuerreform soll den Grundfreibetrag nicht etwa anheben, sondern senken. Schon jetzt ist gesetzlich festgelegt, daß der Grundfreibetrag 1999 13.067 DM im Jahr betragen soll - was zu wenig ist. Waigel aber will diesen Grundfreibetrag weiter senken - auf 13.013 DM in 1999. Da künftig auch Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld, Krankengeld u.ä. besteuert werden sollen, würde in Einkommenszonen von ca. 15.000 DM brutto im Jahr und aufwärts (1.250 DM im Monat brutto) die Steuerlast für jede über den Grundfreibetrag hinaus verdiente Mark drastisch steigen - z.T. von 0 auf 15% - zusätzlich zur angekündigten Anhebung indirekter Steuern. Immerhin fordern die Grünen hier eine Anhebung des Grundfreibetrags auf 15.000 DM. Bei der SPD hört man derzeit dazu gar nichts.

2. Auch bei unteren und mittleren Facharbeiterlöhnen kann es leicht passieren, daß durch die Senkung des Grundfreibetrags, die Kürzung beim Kilometergeld und durch den Wegfall z.B. der Steuerfreiheit für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags und Nachtarbeit

die Steuerlast steigt. So müßten bereits 1995 18,2% aller Beschäftigten regelmäßiger oder gelegentlich am Sonntag arbeiten, 13,7% regelmäßig oder gele-



4. und 5. Februar '97

Letzter Versuch zur Eingang im Tarifkonflikt Druckindustrie?

Arbeitgeber fordern: Samstag als Regelarbeitsstag
- Absenkung der Jahresleistung - Öffnung der Maschinenbesetzungs-Regelung

Arbeitgeber verweigern: 100%ige Lohnfortzahlung
- Zuschuß zum Krankengeld - tarifliche Altersteilzeit

Unsere Antwort: Warnstreik !



In einer an die Beschäftigten in der Druckindustrie und im Verlagsgewerbe gerichteten Protesterklärung hat die Tarifkommission der IG Medien gegen die „Tarifpolitik nach Gutsherrenart“ protestiert, die die Arbeitgeber offensichtlich betreiben wollen. Die Arbeitgeber beharren auf einer Kürzung der Lohnfortzahlung in der ersten Krankheitswoche, Einfrieren der Jahresleistung, einer längeren Arbeitszeit durch Streichung bezahlter Pausen und Freischichten. Am 4. und 5. Februar sind neue Verhandlungstermine. Schon am 3. Februar soll durch Warnstreiks der Druck auf die Arbeitgeber verstärkt werden. Sollten die Verhandlungen scheitern, soll sofort die Urabstimmung für Streik beginnen. (röl)

gentlich in der Nacht. Die Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie gegen eine Besteuerung dieser Zuschläge mit aller Kraft mobilisieren wollen.

3. Bei der Rentenreform haben sich die Gewerkschaften durch die Propaganda um sogenannte „versicherungsfremde Leistungen“ in eine gefährliche Ecke treiben lassen. Der Verband der Rentenversicherungsträger z.B. spricht unwidersprochen von 102 Mrd. DM „versicherungsfremden Leistungen“ der Ren-

tenversicherung im Jahr - bei ca. 250 Mrd. DM jährlicher Rentenzahlung. „Versicherungsfremd“ heißt auch: Nicht der Kontrolle der (paritätischen) Selbstverwaltung der Sozialversicherungen unterliegend, sondern dem Belieben der staatlichen Kassen. 40% der gesetzlichen Rentenzahlungen sind damit schon aus einem Versicherungsanspruch in staatliche Wohltaten umgedeutet. Zugleich hatten die privaten Lebensversicherungen laut Bundesbank bereits im September 1996 Vermögen von 752 Mrd. DM aufgeschatzt (März 1993: 549 Mrd. DM). Da es sich hierbei weitgehend um die Altersvorsorge von Personen mit mittleren bis hohen Einkünften handelt, kann man sich das Ausmaß der sozialen Spaltung bei der Rente unschwer ausmalen. Das macht den Widerstand gegen die beabsichtigte Senkung der gesetzlichen Rente noch schwieriger.

4. Extrem getroffen werden auch von dem jetzt vorgelegten Programm erneut Invalide und Kranke. Deren Renten sollen nicht nur, wie die gesetzliche Rente, um ca. 10 Prozent dauerhaft gesenkt werden, sondern noch stärker. Personen, die ihr Leben lang schwere körperliche Arbeit für fremden Reichtum leisten mußten, werden so im Alter wieder in brutale Armut gestoßen.

5. Der breite Aufruhr, mit dem die Koalitionsparteien konfrontiert sind, führt noch aus einem weiteren Grund. Waigel und die Konzerne wollen erkennbar für viele auch an die Einkommen und Versicherungsansprüche der gehobenen Facharbeiter und der Mittelklasse heran. Die Steuerformel von Waigel, die weit in Facharbeitereinkommen hinein mit der Anhebung der effektiven Steuerlast zugunsten der ganz Reichen droht, und die Forderung der Finanzminister nach stärkerer Besteuerung der Renten, die Personen mit mittleren und gehobenen Renten und Pensionen empfindlich treffen würde, sind dafür symptomatisch. Eine solche Attacke der Regierung würde in das gesamte Gefüge der Reproduktion der oberen Facharbeiter und der Mittelklasse tief eingreifen. Lebensgewohnheiten, ja die ganze Lebensweise könnten berührt werden. Heiner Geissler und die CSU-Sozialministerin von Bayern warnen davor gleichermaßen.

(röl)

So friedfertig, wie in der Presse weithin dargestellt, ist die Opposition in Serbien nicht ...

Serbien: Monarchist Draskovic ruft zu antikommunistischer Hetzjagd auf

Der jugoslawischen Staatpräsident hat bei einem Treffen mit der Militärführung gefordert, das Ergebnis der Kommunalwahlen anzuerkennen. Lilic sagte weiter, seit der Auseinandersetzung um die Anerkennung der Kommunalwahlen habe sich die wirtschaftliche Situation dramatisch verschlechtert. Viele Staaten hätten die nach der Aufhebung des Embargos begonnene wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder storniert. Gerade die BRD konnte durch die enge Verflechtung der serbischen Industrie noch aus sozialistischen Zeiten her, empfindlichen ökonomischen Druck ausüben. Ein großer Teil der Zulieferer der jugoslawischen Industrie sitzen in der BRD. Nach Aufhebung des Embargos waren diese Produkte aus der BRD für die Wiederaufnahme der jugoslawischen Industrie notwendig. Kinkel kündigte an, zur Stützung der Opposition werde das Mittel des Wirtschaftsboykotts angewendet.

Innerhalb der regierenden Partei SPS kommt es immer häufiger zu Auseinandersetzungen um den richtigen Weg. Schuldige werden gesucht und gefunden. Lilic's Vorgänger im Amt des Staatspräsidenten, Borislav Jovic, schiebt sich in einem Interview mit der englischen Zeitung „The Guardian“ auf die Vorsitzende der „Jugoslawischen Vereinigten Linken“ (JUL) Mirjana Markovic ein. Die JUL ist Koalitionspartner der SPS und Mirjana Markovic die Frau des serbischen Präsidenten Milosevic. Die JUL fordert eine Wiederherstellung des sozialistischen Jugoslawiens der Ära Tito. Jovic fordert, Milosevic soll den Einfluß der JUL auf die jugoslawischen Politik einschränken. Damit schließt er sich der antikommunistischen Hexenjagd des Monarchisten Vuk Draskovic an. Dieser fordert auf den täglichen Demonstrationen die Verhaftung aller Mitglieder der JUL. Er wirft der JUL Terrorismus vor. Er lenkt damit von den Äußerungen seiner Frau ab, die in der Tat zu terroristischen Aktionen aufgerufen hatte, was auch schon begolgt wurde.

Dazu sagte Alexander Vulin, Sprecher der JUL, daß es einen Sprengstoffanschlag auf das Belgrader Büro der JUL wie auch auf die Büros der Partei „Neue Demokratie“ gab, die an dem Wahlbündnis mit der SPS beteiligt ist. Es gab einen Überfall auf den Unterrichtsminister und Angriffe auf Anhänger der jugoslawischen Linken bei einer Demonstration in Belgrad. Auf den Einwand, daß sich die jugoslawischen Linken zu passiv verhält, äußerte Vulin: „Der Eindruck, daß wir nachgeben, täuscht. Die Linke in diesem Land hält sich wie überall in der Welt strikt an das Prinzip der Legalität. Das bedeutet, daß jede gerichtliche Entscheidung sich auf das Recht stützt und nicht auf die Politik.“ In diesem Zusammenhang ein recht schwacher Einwand. (hav)

Die Pariser Tageszeitung *Le Monde* veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom Samstag, den 25.1.97, ein zwischen Paris und Bonn abgeschlossenes Geheimabkommen zur Militärpolitik, das am 9. Dezember 96 in Nürnberg vom „deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat“ unter Vorsitz von Kanzler Kohl und Präsident Chirac abgesegnet worden war. Das Nürnberger Abkommen, so das Urteil der Zeitung, „enthält keine umwerfenden Neuigkeiten, es bietet vielmehr eine Zusammenfassung der in den letzten Monaten eingeschlagenen Orientierungen“. Obwohl seine Auswirkungen „eher symbolisch denn reell“ seien, würden die in ihm enthaltenen Prinzipien dennoch zu etwas qualitativ Neuem in Gestalt „einer Art deutsch-französischen Verteidigungsunion“ führen, wie Präsident de Gaulle sie 1963 gewollt habe - aber mit dem bemerkenswerten Unterschied, daß das deutsch-französische Militärbündnis eine Annäherung Frankreichs an europäische und NATO-Strukturen einschließe. De Gaulles Politik hatte die strategische Unabhängigkeit nach allen Seiten hin, West wie Ost, in den Vordergrund gestellt und 1966 den Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO veranlaßt. Unter seinen Nachfolgern - Frankreich war inzwischen seiner Stellung als Kolonial- und damit klassische Weltmacht teilweise verlustig gegangen - wurde das gaullistische Dogma der allseitigen Unabhängigkeit aufrechterhalten, aber zugleich eine zunehmende Annäherung an die NATO vollzogen. Doch erst Jacques Chirac hat im Dezember 1995 offiziell eine erneute Integration des Landes in die NATO verkündet.

Deutscher Finger am atomaren Drücker?

Der in Nürnberg beschlossene, rund zehnseitige Abkommenstext stellt

Frankreich und Deutschland strategisch auf gleiche Ebene; „erstes Land genießt keinen Status als Siegermacht (des Zweiten Weltkriegs) mehr, um sein ökonomisches Handicap durch eine strategische Vorrangstellung auszugleichen“, urteilt *Le Monde*. Das einzige „störende Element“ in dieser Gleichstellung stellt bisher die französische Verfügung über Nuklearwaffen dar. Doch der Text erklärt die Bereitschaft „unserer(r) beiden Länder, einen Dialog über die Rolle der nuklearen Abschreckung im Kontext der europäischen Verteidigungspolitik zu eröffnen.“ Die französische Seite habe, fährt

einem (west)europäischen Atomwaffenpotential gelte nicht als Verstoß Bonns gegen den NPT. Unter ausdrücklichem Hinweis auf diesen Punkt erklärten seinerzeit die Sprecher der FDP, Martin Bangemann (später Bundeswirtschaftsminister und EG-Kommissar) und der SPD, Alfons von Pawelczyk (später Hamburger Innensenator), die Zustimmung ihrer Fraktionen zum bundesdeutschen NPT-Beitritt. Zugleich hat die BRD mit ihrer stark ausgebauten Atomindustrie sich alle technologischen Voraussetzungen zur Produktion von Atomwaffen geschaffen. Und durch die Weitergabe des nuklear-

übrigens bereits seit 1987: „der deutsch-französische nukleare Dialog begann ab 1987 in höchster Geheimhaltung, zwischen den Generalstäben, mit stillschweigender Zustimmung des Präsidenten François Mitterand und des damaligen Premierministers Jacques Chirac“ (Regierungschef von 1986 bis 88). Resultat dieser Konsultationen sei der Abbau und die schließliche Vernichtung (die derzeit läuft) der französischen „Hades“-Raketen gewesen, die mit ihrer Reichweite von 500 Kilometern den Deutschen stets ein Dorn im Auge waren, da sie sich - trotz der hohen Mobilität dieser Raketen - als potentielle Zielscheibe in einem europäischen (Ost-West-)Konflikt betrachten. Was freilich im Umkehrschluß bedeutet, daß Deutsche und Franzosen sich auf eine Priorität für Raketen mittlere oder längerer Reichweite verständigten, die dann zwar nicht die Deutschen, aber andere treffen sollen. Im Juli 1987 hatte die Westberliner „tageszeitung“ mit Veröffentlichungen für Aufsehen gesorgt, wonach der - durch die „taz“ interviewte - damalige sozialistische Verteidigungsminister Charles Hernu den Bundesdeutschen einen „Zweitschlüssel“ für die französischen Nuklearwaffen anbot; in der Folge wurde es aber rasch wieder still um die atomare „Achse Bonn-Paris“. Das seinerzeitige nukleare Technecht ist, nach den jetzigen Veröffentlichungen zu schließen, doch nicht ohne Folgen geblieben. Den nächsten Schritt zu atomarer „Partnerschaft“ tat dann Premierminister Alain Juppé im September 1991, anlässlich der vorübergehenden weltweiten Isolierung seiner Regierung wegen der französischen Atomwaffentests im Südpazifik. In einer Rede vor dem „Institut für höhere Studien der nationalen Verteidigung“ IHEDN prägte er den Begriff der „konzertierten Abschreckung“, der im Dezember 1995 von Verteidigungsminister Charles Millon aufgegriffen wurde - beide Male freilich ohne konkrete

Deutscher Finger am atomaren Drücker?

Bernhard Schmid zur Diskussion in Frankreich über die „deutsch-französische Verteidigungsunion“

Le Monde fort, ursprünglich eine „konzertierte Abschreckung“ vorgeschlagen - was nicht als Begriff, wohl aber als Idee festgehalten worden sei. Die Pariser Tageszeitung deutet dies - ebenso wie ein paar Tage später die *Libération* - ironischerweise als Bereitschaft Bonns zum Dialog, während die deutsche Politik damit in Wirklichkeit einem alten Ziel - der Mitverfügung über ein Nuklearwaffenpotential - näher rückt. Verwiesen sei nur auf den anhaltenden Widerstand der Bundesdeutschen in den ab 1967/68 einsetzenden Verhandlungen um den Atomwaffensperrvertrag (Non Proliferation Treaty - NPT), dem der Bundestag schließlich Anfang der 70er Jahre nur nach Zugeständnissen an die Bonner Seite und unter Vorbehalt zustimmte. Wichtigster Vorbehalt: eine bundesdeutsche Teilnahme an

Know-Hows an Länder wie Apartheid-Südafrika, das 1979 seine erste Atomwaffe probestand, oder wohl auch den Irak (dorthin lieferte die Hanauer Atomfabrik NUKEM im November 1979 „Heiße Zellen“ zur Plutoniumabtrennung), übte Bonn hinreichend Druck auf seine Verbündeten aus, sei es atomaren Wünschen doch ein wenig entgegenzukommen - denn durch die Weitergabe der Bombe wurden die Gewichte in den jeweiligen Einflusszonen anderer Großmächte empfindlich verschoben. Hinzu kommt praktischerweise der Umstand, daß der „Junior“-partner Frankreich sich mit seiner traditionellen Großmachtrolle ökonomisch übernommen sieht.

Laut *Le Monde* vom Donnerstag, 31.1.97, existiert eine „nukleare Abstimmung“ zwischen Paris und Bonn

AKTUELL IN BONN

Gegen Kanthers Visumpflicht für Jugendliche

Die von Innenminister Kanther vor drei Wochen im Eilverfahren verhängte Visumpflicht selbst für in Deutschland bereits lebende Jugendliche, die z.B. aus der Türkei nach einem Besuch dort wieder einreisen wollen, ist weiter heftig umstritten. Nach dem wütenden Protesten der Ausländerorganisationen und der Oppositionsparteien ist selbst in der Union Streit ausgebrochen. Die Presse berichtet von einer „teilweise turbulenten Aussprache“ selbst in der CDU/CSU-Faktion am 29.1. Während Schäuble von Kanther eine „Modifizierung“ wünscht, verlangt die Opposition die Rücknahme der Verordnung. Für die grüne Europaabgeordnete Claudia Roth ist die Verordnung zudem mit der EU-Assoziation der Türkei unvereinbar. Diese Woche Freitag berät der Bundesrat, er könnte Kanthers Verordnung stoppen.

Statt „schlanker Staat“ - fettere Regierung

Der Rechnungshof hat die Vorbereitungen der Bonner Ministerien auf den Berlin-Umzug heftig kritisiert. Die Ministerien würden den Beschuß zur Reduzierung ihrer Planstellen im Zusammenhang mit dem Berlin-Umzug einfach ignorieren, kritisieren die Prüfer. Ministerien, die ihren Sitz in Bonn behalten (wie z.B. Sprangers Entwicklungshilfeministerium) würden ihre künftig zusätzliche Berliner Dependan-

ce zur Gewinnung weiterer Planstellen nutzen, ein Ministerium soll beispielsweise gleich 62 neue Planstellen beantragt haben. Insbesondere Pressebüros sowie die Stabsstellen für Minister und Staatssekretäre sollen an der neuen Bonner Verfettung leiden, rügen die Rechnungsprüfer.

Entkriminalisierung von Drogen?

Der Gesundheitsausschuß des Bundestages hat am 29. Januar eine Entscheidung über die auf Initiative Hamburgs beantragte staatlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige vertagt. Das Land Hamburg hatte über den Bundesrat beantragt, für fünf Jahre durch Änderung des Betäubungsmittelgesetzes Modellversuche zu ermöglichen, bei denen an Schwerstabhängige staatlich kontrolliert Rauschgifte abgegeben werden können. Der Entwurf war bei CDU/CSU auf heftigste Ablehnung gestoßen, auch Teile der SPD hatten dagegen polemisiert. Die drogenpolitische Sprecherin der FDP, Ex-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, sprach sich dagegen für den Hamburger Antrag aus. Der Gesundheitsausschuß will jetzt am 19. Februar erneut über den Antrag beraten.

Für wen fliegt der BGS? Für die CDU!

Nachdem die Bild-Zeitung sich eigentlich mit der CDU-Parlamentspräsidentin Süssmuth hatte anlegen wollen, als sie deren Reisen mit der Bonner Flug-

bereitschaft attackierte, hat sich die AfA irgendwie immer mehr in Richtung Helmut Kohl hinbewegt. Der soll u.a. a. 20. Dezember auf Staatskosten einen „Betriebsausflug“ zur Benediktinerabtei Münsterschwarzach unternommen haben, wurde aus der SPD bekannt. Prompt verlautete aus dem Kanzleramt, das sei kein „Betriebsausflug“, sondern ein Flug für Dienstgeschäfte gewesen. Nebenbei räumte das Kanzleramt ein, daß Kohl zwischen 1989 und 1996 insgesamt 160 Hubschrauberflüge des BGS in Anspruch genommen habe. Bis auf die jetzt aufgeflogene „Dienstreise“, die Kohl dennoch privat bezahlen will, seien alle anderen Flüge von der CDU bezahlt worden. Also flog der BGS Kohl für Parteiaufgaben der CDU durch die Lande!

Altschulden - schon wieder „Berlinhilfe“

Wenn es um die Hauptstadt Berlin geht, wird in Bonn nicht gespart. Das jedenfalls kann man aus dem Abschluß des Streits zwischen dem Land Berlin und den anderen Ost-Bundesländern sowie der Bundesregierung um den sogenannten „Altschuldenkompromiß“ schließen. Die Bundesregierung hat nämlich den - ohnehin geringen - Anteil des Landes Berlin bei diesem Kompromiß übernommen. Das Land Berlin ist damit einen dreistelligen Millionenbetrag Schulden los - Bonn zahlt. Nicht ganz uneigennützig freilich, denn beim Streit um die Altschulden der Kommunen hatte das Land Berlin mit dem Gang zum Verfassungsgericht gedroht. Es wird ge-

munkelt, daß zahlreiche Gutachten die Berliner Position - daß nämlich die Altschulden verfassungsrechtlich äußerst fragwürdig sind - in einem solchen Fall gestützt hätten. Die Gefahr einer solchen Niederlage wollte Bonn nicht riskieren - wohl auch deshalb, weil über ganz ähnlich gelagerte Altschulden der LPG-Nachfolgeunternehmen und vieler Wohnungsgenossenschaften im Osten der Streit weiter anhält.

Was kommt demnächst?

Am 7. Februar ist die nächste Sitzung des Bundesrats. Dort wird es u.a. um die Verabschiedung des kommunalen „Altschuldenkompromisses“ gehen. Die Grünen fordern vom Bundesrat, die Visumpflicht für ausländische Jugendliche zu stoppen. Nächste Bundestags-Sitzung ist am 19. Februar. Auf der Tagesordnung steht der Jahreswirtschaftsbericht der Regierung, am Nachmittag unter „Petitionen“ u.a. solche zugunsten abgelehnter Asylbewerber und eine Beratung über Entschädigungsrenten. Daran anschließend berät das Parlament über Gesetzentwürfe von FDP und Grünen zum Nichtraucherschutz sowie über einen Antrag der PDS, die Regierung solle einen jährlichen „Reichtumsbericht“ vorlegen. Am 20. Februar berät das Parlament abschließend über Waigels „Steuerreformgesetz 1996“ (insbesondere Senkung der Unternehmenssteuern) und über die Gemeindefinanzen. Danach steht der Waldschadensbericht auf der Tagesordnung. Am 2. März sind in Hessen Kommunalwahlen.

Adressaten, sondern gegenüber „Verbündeten, die dies wünschen“. Im Militärbeschaffungsgesetz für die Jahre 1997-2002 wurde schließlich im Juni 1996 festgeschrieben, daß Paris „eine privilegierte Beziehung mit Deutschland in Sicherheits- und Verteidigungsfragen“ suchte und „die nukleare Abschreckung selber, wenn unsere Partner dies wünschen, eine noch deutlicher europäische Dimension annehmen könne.“

Kriseninterventionen rund um die Welt

Der Nürnberger Abkommenstext erklärt ferner „den Besitz bewaffneter Kräfte, die rasch verfügbar und innerhalb wie außerhalb der Grenzen Europas entsendbar sind“, für „notwendig sowohl für die kollektive Verteidigung wie auch die Verwaltung von Krisen“. Ersterer Begriff meint die Territorialverteidigung auf dem europäischen Kontinent gegen einen, so *Le Monde*, „immer unwahrscheinlicheren Feind aus dem Osten“, weitere Interventionen auf entfernten Krisenschauplätzen wie in Afrika. Bonn - fährt das Blatt fort - habe die Befürchtung gehegt, Paris reserviere letztere Aufgabe für sich und schiebe Bonn die Territorialverteidigung zu; diese Befürchtung sei jedoch in Nürnberg beiderigt worden. Darüber hinaus habe Frankreich den deutschen Partner vor wenigen Wochen bezüglich einer eventuellen Militärintervention in Zaire konsultiert, sei jedoch auf „höfliche, doch entschlossene Ablehnung gestoßen“. Die KP-Zeitung *L'Humanité*, die am Wochenende des 25./26. Januar als erste auf die Veröffentlichung des

Abkommens reagierte, interpretiert: „Der deutsche Machtwillen äußert sich auch darin, daß Paris vorgeschrieben wird, auf seinen afrikanischen 'Hin-

terhof' zu verzichten ... Die gemeinsame deutsche und amerikanische Anklage der neokolonialen französischen Dominanz in Afrika entstammt nicht dem Mitleid“, Bonn und Washington „wollen den Platz einnehmen.“

Klar ist, daß Bonn kaum „umsonst“ eine französische Intervention zugunsten von dessen klassischen (post)kolonialen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent unterstützen wird. Es muß schon etwas dabei herauspringen für die Deutschen, die zwar ökonomisch in manchen Ländern (vor allem Südafrika und Namibia) gut verankert sind, aber politisch-strategisch bisher in Afrika wenig zu vermelden haben: keine ehemaligen Kolonien (die gingen schon 1918 verloren), kein Deutsch als Amtssprache, wie dies für das Französische in vielen Ländern gilt usw. Deutschland kann sich freilich die zunehmende Rivalität zwischen Frankreich und den USA zunutze machen, die in der zweiten Hälfte 1996 um Afrika, den arabischen Raum (mit der Nahostreise Chiracs im Oktober) und NATO-Südkommandantur in Neapel ausgebrochen waren. Die USA sind dabei, Frankreich seinen traditionellen „Hinterhof“ streitig zu machen, und verweigern die Stützung maroder Regime von Paris Gna- den, wie des Mobutu-Clans, deren ultrakorrupte Herrschaft sie die nackte kapitalistische Rationalität mit IWF-Unterstützung vorziehen. Anfang 1997 kam es freilich zu einer Annäherung zwischen Paris und Washington, da einerseits die US-Administration Furcht vor einem „Machtvakuum“ in Zaire nach einem Abgang Mobutus bekommen hatte, andererseits auch Frankreich zurücksteckte und etwa auf die Besetzung der NATO-Südkommandantur verzichtete, welche die USA wegen ihrer strategischen Bedeutung (Zypern),



Israel ...) nie aufgegeben hätten. Die *Libération* vom 9.1.97 sieht zwei Gründe für die französische Kompromißhaltung: erstens habe die Regierung eingesehen, daß sie mit außenpolitischer Profilierung gegen die Amerikaner allein kein verlorenes Terrain in der öffentlichen Meinung zurückerobern könne; zweitens habe Paris nachgeben müssen, weil es im Alleingang und ohne die Hilfe anderer europäischer Länder kein Gewicht gegen die USA in die Waagschale werfen könne. Just an diesem Punkt kann Bonn ansetzen, um im Machtpoker der Großmächte Zugeständnisse von Pariser Seite herauszuholen. So schlug man deutscherseits 1996 vor, gemeinsame deutsch-französische Botschaften in Afrika einzurichten - was den Deutschen ein einzigartiges Sprungbrett auf dem Kontinent bietet würde. Der Plan wurde jedoch vom Conseil d'Etat, dem obersten französischen Verwaltungsgericht, abgeschmettert.

Hamburgs Voscherau will Gefängnisse privatisieren! Jüngst meldete sich Hamburgs Bürgermeister Voscherau zu Wort: Die britischen Erfahrungen mit der Privatisierung von Gefängnissen seien so überzeugend, daß er dringend eine entsprechende Initiative für die Bundesrepublik anstrebe. Durch Privatisierung nämlich ließen sich die Kosten des Strafvollzuges drastisch senken. Hinter dem Kostenargument verbergen sich, wie gerade die Erfahrungen aus Großbritannien zeigen, rechts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen finsterner Art.

Bald Rendite aus der Strafjustiz?

Deutlichsten Ausdruck finden diese Vorstellungen im rasanten Anstieg der Zahl der Gefängnisinsassen, den Großbritannien verzeichnet: von 40.000 auf über 56.000 innerhalb von dreieinhalb Jahren! Diese Steigerung um 40% ist nicht Ausdruck explodierender Kriminalität - die Straftaten stiegen um nicht einmal 2% - sondern einer „Law-and-order“-Politik, die Kleinkriminalität zunehmend brutal bestraft und die lebenslange Haftstrafe auf immer mehr Delikte ausweitet.

Diese Politik findet ihre Stütze und Verstärkung im Interesse expandierender Gefängniskonzerne, aus dem Einsperren von Menschen Profit zu schlagen. Kern eines gewaltigen Programms zum Aus- bzw. Neubau von Gefängnissen, das zur Zeit durchgeführt wird und in dessen Rahmen innerhalb von zwei Jahren 200 Mio. £ ausgegeben werden ist die Herausbildung des von Kritikern so bezeichneten „Gefängnis-Industrie-Komplexes“. Mit über 70 Mio. sind private Gefängniskonzerne beteiligt. Die haben nur ein Interesse: daß sich ihre Investitionen rechnen! Also müssen Gesetzgebung und Rechtsprechung für die Insassen sorgen.

Laut Aussagen der britischen Regierung liegen die Kosten des Strafvollzugs in den Privatgefängnissen um 15-20% niedriger. Das hat auf die Lebensbedingungen der direkt betroffenen Gefangenen einschneidende Auswirkungen, aber nicht nur: Die Regierung hat 1996 mit Verweis auf die „kostengünstigen“ Privatgefängnisse eine Reduzierung der Kosten des öffentlichen Strafvollzugs um 13% innerhalb von 3 Jahren in Gang gesetzt:

Der Maßnahmenkatalog reicht von der Entfernung von Fernsehgeräten aus den Zellen über die Beschränkung des Beschwerderechts von Gefangenen und des Rechts der Angehörigen, Zeitschriften etc. zu schicken, bis hin zur weitgehenden Streichung von Ausbildungsmöglichkeiten und anderen Maßnahmen zur Rehabilitation.

Kritiker in Großbritannien fordern die sofortige Beendigung der Gefängnis-Privatisierung; andere sprechen davon, daß die Strafjustizpolitik des konservativen britischen Justizministers Howard auf den „Weg zum Konzentrationslager“ führe. (s. *The Economist*, 25.5.96) Den Sozialdemokraten Voscherau ficht das nicht an. Er ist entschlossen, die Debatte um die Privatisierung des Gefängniswesens auch in der BRD wiederzubeleben. In Hamburg allerdings stieß er auf heftige Kritik vor allem aus der GAL, aber auch aus der SPD. (soc)

CSU eisern auf Sonderweg zum § 218

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt über Beschwerden von zwei Ärzten und befragt dazu den Bayerischen Landtag

Am 28. Januar 1997 standen erneut der § 218 bzw. die bayerischen Sondergesetze dazu auf der Tagesordnung des bayerischen Landtags. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Landtag um eine Stellungnahme zu den Verfassungsbeschwerden der Ärzte Friedrich Stafp (München) und Andreas Freudemann (Nürnberg) gebeten.

SPD und Grüne unterstützen die Klage der Ärzte; sie befürchten, daß durch die nur in Bayern geltenden harten Vorschriften für Ärzte viele Frauen zum Abtreibungstourismus getrieben werden. Die CSU dagegen behauptet, die Berufsbeschränkungen seien „im Interesse der Frauen und des ungeborenen Lebens“ gerechtfertigt. Unter dem Motto: „Den geschützten Beruf des Abtreibungsarztes gibt es nicht“ empfiehlt nun mit CSU-Stimmenmehrheit der Landtag dem Bundesverfassungsgericht, die Beschwerden zurückzuweisen. Die beiden Verfassungsbeschwerden wurden im November 1996 von den Hamburger Professorinnen Monika Frommel und Sibylle Raasch sowie der Nürnberger Rechtsanwältin Christine Roth eingereicht. Die erste Gerichtsentscheidung wird über die gleichzeitig gestellten Antragen auf einstweilige Anordnung fallen, die dafür sorgen sollen, daß bis zum endgültigen Urteil die Ärzte nicht nach diesem Gesetz mit Strafe bedroht sind.

Eine erste Bedrohung kam schon kurz nach Verabschiedung des Gesetzespa-

kets im Landtag: Das bayer. Sozialministerium wies die Krankenkassenverbände darauf hin, daß Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch künftig nur noch erstattet werden dürfen, wenn der Eingriff von einem Frauenfacharzt vorgenommen wird. Während das Bundesgesetz die freie Arztwahl ausdrücklich festhält, schreibt Artikel 5 des bayer. Gesetzes vor, daß Abtreibungen nur „von den in Artikel 3 bezeichneten Ärzten vorgenommen werden dürfen“. Dieser Artikel 5 gilt schon jetzt, und darauf bezieht sich das Ministerium. Artikel 3 nennt „Ärzte mit fachärztlicher Anerkennung auf dem Gebiet der Frauenheilkunde und Geburtshilfe“, und dieser Artikel gilt erst ab dem 1. Juli 1997. Trotzdem haben Kassen daraufhin Zahlungen verweigert. Friedrich Stafp, der eine Fachausbildung in Frauenheilkunde absolvierte, auf die Anerkennung als Gynäkologe aber verzichtete, seit 1980 die Zulassung als Kassenarzt für ambulante Operationen (Schwangerschaftsabbrüche und Sterilisationen) hat und mit bestem Ruf seit 1993 in München praktiziert, spricht selbst von 70.000 Mark Außenständen.

Die Beschwerde der Ärzte enthält nicht nur diese Einschränkung der freien Arztwahl. Auch die Vorschrift, daß nur 25 Prozent der Einnahmen aus Abbrüchen erzielt werden dürfen, mißachtet die Bedeutung von Berufserfahrung und Einfühlungsvermögen in die spezielle Situation der Frauen. Dazu kommen

weitere Einschränkungen, die im sonstigen Bundesgebiet nicht gelten: Der Arzt muß die Frau erneut ausfragen und darf einen Abbruch nicht vornehmen, wenn sie über ihre Gründe schweigt; vom 1.7.1997 hat er vor der kassenärztlichen Zulassung zunächst einmal die Erlaubnis zu Abbrüchen bei der Regierung zu beantragen; er muß ihr die Abbrüche differenzierter melden und nicht nur seine Einnahmen offenlegen, sondern der Regierung auf Verlangen sogar seine Gewinne mitteilen. Damit wird so nebenbei das Selbstverwaltungsrecht der Ärzte beschnitten. Bei Mißachtung dieser Vorschriften drohen hohe Bußgelder und Kriminalstrafen, das heißt auch Polizeieinsätze und Durchsuchungen.

Im Gegensatz zum Zweiten Senat, der 1993 das letzte Abtreibungsurteil gesprochen hat, das Bayern ja vorgibt am besten zu erfüllen, werden die beiden Verfassungsbeschwerden vom Ersten Senat entschieden, von dem es heißt, daß er die beruflichen Freiheiten immer verteidigt hat. Von einer Normenkontrollklage, die der Zweite Senat hätte entscheiden müssen, haben SPD, Grüne und teilweise auch die FDP inzwischen Abstand genommen (in Bayern hört man seit Wochen nichts mehr vom FDP-Plan für einen Volksentscheid gegen die Sondergesetze). Tatsächlich ruht jetzt die Hoffnung aller oppositionellen Gruppen auf den Verfassungsbeschwerden. (baf)

KNALLHARTE VERSÖHNUNG

Deutsch-tschechische Erklärung im Bundestag

Die deutsch-tschechische „Versöhnungserklärung“, die am 20. Dezember 1996 von den Außenministern Zieleniec und Kinkel und am 21. Januar 1997 von Bundeskanzler Kohl und dem tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus unterzeichnet worden ist, wurde am 30. Januar im Bundestag abgelehnt. Eine große Mehrheit der Abgeordneten stimmte ihr zu (578 mal Ja, 20 mal Nein, 23 Enthaltungen). Ein überwältigendes Votum für Versöhnung und gut-nachbarliche Beziehungen zum tschechischen Volk? Sicher haben viele Abgeordnete für die Erklärung gestimmt, weil sie genau das wollen. In der Tschechischen Republik verstehen das allerdings viele Menschen anders. Als Kohl zur Unterzeichnung nach Prag reiste, wurde er dort auch von Gegendemonstrationen empfangen. Und die Behandlung der Erklärung im tschechischen Parlament am 4. Februar wird ebenfalls von Protestdemonstrationen begleitet sein. In der hiesigen Presse werden als Gegner fast immer nur Kommunisten und Republikaner genannt; die Ablehnung ist jedoch viel breiter und umfasst auch sozialdemokratische, bürgerlich-demokratische und christliche Kreise sowie Organisationen der Nazi-Verfolgten, der Friedensbewegung und andere. Die Gegner der Erklärung sehen in dieser nicht einen Schritt zu Versöhnung und dauerhaftem Frieden, sondern einen Ausdruck deutscher Hegemonialansprüche über Europa. Die meisten Reden, die am 30. Januar im Bundestag gehalten wurden, waren nicht geeignet, ihre Sorgen zu entkräften.

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers war zunächst viel die Rede von ehrlichem Umgang, historischer Verantwortung, gemeinsamer Zukunft, Bau des gemeinsamen Hauses Europa usw. Und dann kam dieser Satz, der in Kohls Reden in den letzten Jahren immer wieder auftaucht: „Wir wissen, die europäische Einheit ist die sicherste Gewähr für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert.“ Das kann als Beteuerung des Friedenswillens verstanden werden – solange man ignoriert, wie die CDU-Spitze den Sachverhalt in ihrem sog. „Kerneuropa-Papier“ vom 1. September 1994 formuliert hat: „Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts muß eine

stabile Ordnung auch für den östlichen Teil des Kontinents gefunden werden.... Die einzige Lösung dieses Ordnungsproblems ... ist die Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem“ Und dann: „Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitswängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.“ Die zahlreichen tschechischen Gegner eines NATO-Beitritts – zentraler Punkt der deutsch-tschechischen Erklärung – werden dies kaum als Friedenserklärung verstehen.

Wie knallhart die Bundesregierung, ungeachtet aller schönen Worte, tschechische Interessen mit Füßen zu treten gedenkt, ist am offensenten der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble zu entnehmen. Schäuble, Hauptautor des „Kerneuropa“-Papiers, weiß natürlich, daß die Ehrlichkeit der schönen Worte in Tschechien vor allem daran gemessen wird, ob Bonn endlich unterschreibt, daß das Münchner Abkommen von 1938 null und nichtig von Anfang an war. Schließlich kam es durch militärische Erpressung und Schaffung einer bürgerkriegsähnlichen Situation in den Grenzgebieten unter aktiver Beteiligung eines Großteils der Sudetendeutschen zustande. Schäuble aber wählt eine Formulierung, von der er weiß, daß sie in Deutschland kaum jemandem auffallen wird, in Tschechien aber als ungeheure Provokation wirken muß. Er sagt: „Das Bekenntnis zur Vergangenheit ist für uns Deutsche zunächst und vor allem das Eingeständnis, daß wir dem tschechischen Volk in der nationalsozialistischen Zeit großes Unrecht zugefügt haben.“ Und fährt fort: „Unter Mißachtung des Völkerrechts wurde im Frühjahr 1939 der noch junge tschechoslowakische Staat von der Wehrmacht gewaltsam besetzt.“ Das ist verklausuliert und gut verpackt, die alte Bonner Position, nach der das Münchner Abkommen nicht von Anfang an Unrecht war, sondern auf legitime Weise zustandekam und daher auch zunächst gültiges Völkerrecht wurde. Erst mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die „Resttschechei“ sei das Abkommen („Völkerrecht“!) gebrochen und so-

mit ungültig geworden.

Als Redner der CSU traten Theo Waigel und der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber auf. Triumphierend hoben sie hervor, zu welch weitgehenden Zugeständnissen die tschechische Seite gedrängt werden konnte. Allerdings sei auch das nur als „Zwischenschritt“ zu werten. In der Rolle von Schutzhiligen der Sudetendeutschen bekräftigten sie deren Ansprüche, auch wenn diese heute (noch) nicht durchsetzbar sind. Dazu gehören nicht nur individuelle Vermögensansprüche, deren „Offenheit“ sowohl Waigel als auch Stoiber betonte. Sondern es wurde eine Geschichtsauffassung vorgetragen, die die Ursache der Umsiedlung nicht in den Nazi-Verbrechen, sondern letztlich

mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“. Dieser Satz war im Vorfeld dahingehend interpretiert worden, daß die Bundesregierung zwar aus formaljuristischen Gründen auf Vermögensansprüche von Sudetendeutschen nicht verzichten könnte, aber derartige Ansprüche nicht mehr unterstützen werde. Unmittelbar nach der Unterzeichnung der Erklärung am 21. Januar in Prag hatte Kohl jedoch auf einer Pressekonferenz gesagt, auch weiterhin seien Vermögensfragen „natürlich offen“, und damit deutlich gemacht, daß er diese Interpretation keineswegs als zwingend betrachtet. Offen schien daraufhin auch, ob die Erklärung im tschechischen Parlament die gewünschte breite Mehr-



BILDDOKUMENT: Sudetendeutsche Zeitung, (3.1.97), Original Bildunterschrift: „Daß der Gesprächsfaden zwischen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der bayerischen Staatsregierung einerseits und der sie tragenden CSU andererseits nicht abreißt, beweist dieses Bild, das vor Weihnachten im Lodemann-Zimmer des Sudetendeutschen Hauses entstand. Zu eingehenden Beratungen trafen sich (v.l.n.r.) Dr. Franz Wittman, MdB, BdV-Vorsitzender und stellvertretender SL-Bundesvorsitzender; Franz Neubauer, Staatsminister a.D., Sprecher der Sudetendeutschen; Dr. Bernd Protzner, Generalsekretär der Christlich Sozialen Union, und Bernd Posselt, MdEP, stellvertretender SL-Bundesvorsitzender.“

darin sieht, daß die tschechischen Grenzgebiete nicht schon 1918/19 dem Deutschen Reich zugeschlagen wurden.

Für die SPD sprachen Rudolf Scharping, Günter Verheugen, Markus Meckel und Gert Weisskirchen. Scharping beanspruchte die Erklärung als spätes Produkt sozialdemokratischer Ostpolitik, Markus Meckel beschwore die Verbundenheit der Kinder dieser Politik in der DDR und der CSSR. Verheugen und Weisskirchen warben vor allem für den Antrag der SPD, in den Zustimmungsbeschuß eine Bekräftigung des Passus der Erklärung aufzunehmen, wonach „beide Seiten ... ihre Beziehungen nicht

heit finden wird. Der tschechische Parlamentspräsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Milos Zeman, war noch zwei Tage vor der Bundestagsdebatte nach Bonn gereist, um eine gleichlautende Bekräftigung des genannten Passus durch die beiden Parlamente zu vereinbaren. Hierdurch sollten die Gemüter wieder beruhigt und den tschechischen Abgeordneten die Zustimmung erleichtert werden. Doch CDU/CSU und FDP waren zu keinem Millimeter Entgegenkommen bereit und lehnten den SPD-Antrag geschlossen ab.

An einem konnte all das nichts ändern:



Selbst über siebzig Wochen streiken die Docker von Liverpool.

Aktionen für Liverpooler Docker

Für den 20. Januar hatte die Internationale Transportarbeitergewerkschaft ITF zu einem Solidaritätsstreik für die seit über siebzig Wochen streikenden Liverpooler Docker aufgerufen. Der Aktionstag wurde ein voller Erfolg. In insgesamt 82 Häfen um die Welt kam es zu Arbeitniederlegungen, Boykotts und Protestversammlungen.

An der US-Westküste legten nicht nur die Docker von Los Angeles die Arbeit nieder, auch in Long Beach, San Francisco, Portland und Seattle blieben alle

Schiffe einen Tag liegen. An der US-Ostküste organisierte die Dockergewerkschaft eine Kundgebung vor der britischen Botschaft in Washington und beschloß zu Ehren Martin Luther Kings (der am 20. Januar Geburtstag hatte) einen Boykott aller Reedereien, die noch Liverpool anlaufen. In St. Johns (Kanada) schlossen die Docker von 8 bis 19 Uhr den Hafen. In Montreal und Quebec wurden Versammlungen abgehalten, die Arbeit ruhte währenddessen. Solche Versammlungen gab es auch in Hamburg und Bremerhaven, in Amsterdam, Rotterdam, in Lissabon und Leixões und Genua. In sechs japanischen Häfen dauerten diese Versammlungen den ganzen Morgen. Docker in Belgien hatten schon in der Woche zuvor ein Schiff der ACL-Reederei festgehalten; in Göteborg, Helsingborg, Malmö und Stockholm blieben am Dienstag die ACL- und CAST-Container liegen. In Aarhus (Dänemark) stimmten die Arbeiter für einen 24-Stunden-Solidaritätsstreik. In Le Havre wurde ein Schiff acht Stunden festgehalten, in Limassol warten sie

noch auf den Frachter der Zim-Linie, die Liverpool anläuft. Zim-Linie Schiffe werden ebenfalls in Neuseeland und Australien boykottiert. In Zürich wurden die Türen des britischen Konsulats zugeklebt und besprüht. In Basel besetzte der „Revolutionäre Aufbau“ für eine Stunde die Büros der Rheinschifffahrtsgesellschaft.

Tschechische Lehrer streiken

Die Streikenden fordern eine Erhöhung ihrer Gehälter um 18,9 Prozent. Ihre Gewerkschaft, die CMOSPS, ist mit 240.000 Mitgliedern - Lehrern in staatlichen Vorschulen, Grundschulen und Sekundarschulen sowie Personal von Schulmensen und Horten - die zweitgrößte des Landes. Die Dozenten von zwei Provinzuniversitäten sowie von Lehreinrichtungen der Armee wollen sich dem Streik anschließen.

Das Grundgehalt der Lehrer betrug in den ersten neun Monaten des letzten Jahres im Durchschnitt 5.660 Kronen monatlich (\$ 208). Damit gehört diese

Berufsgruppe zu den am schlechtesten bezahlten in der Tschechischen Republik. Was die Lehrer besonders aufbringt, ist die Praxis der Regierung, das Gewicht höchst spalterischer „Leistungsprämien“ zu erhöhen, die nach dem Ermessen der Direktion gezahlt werden. Dies bedeutet, daß bestimmte bevorzugte Lehrer das Doppelte des Grundgehalts verdienen können.

Von dem rechten Erziehungsminister Ivan Pilip werden diese Zahlungen damit gerechtfertigt, daß sie notwendig seien, um „gute“ Lehrer zu belohnen. Die Zahlungen erfolgen jedoch auf jährlicher Basis und können somit von den Direktoren, die ihre Stellung meist den antikommunistischen Säuberungen in der Zeit nach der „samtenen Revolution“ verdanken, nach Belieben entzogen werden. Der Betrag, der jedes Jahr zur Verfügung steht, hängt vom Regierungshaushalt ab. Dieser geriet letztes Jahr in die roten Zahlen, zum ersten Mal seit dem Sturz der kommunistisch geführten Regierung der Nationalen Front im Jahre 1989. Dies spiegelt die zuneh-

an Antje Vollmers Glücksrausch. Die Erklärung bezeichnete sie als „Schlußstein der Ost-, Entspannungs- und Friedenspolitik, die letztendlich – Herr Bundeskanzler, Sie haben es erwähnt – von allen deutschen Regierungen gemeinsam getragen wurde.“ Ebendiese Friedenspolitik habe „diesem Land die glücklichste historische Konstellation beschert, die es jemals hatte. Deutschland ist nicht nur friedlich und mit der Zustimmung aller seiner europäischen Nachbarn vereinigt, wir sind zugleich mit allen unseren Nachbarn, mit den großen wie mit den kleinen, auf der Basis der gemeinsamen demokratischen Werte in einem neuen Europa zu Hause. Die Option auf dieses neue Europa ist viel mehr, als es das Deutschland Bismarcks je hatte. Das ist eine viel günstigere Situation als in der Weimarer Republik, das ist mehr, als die Gründungsmütter und Gründungsväter der Bonner Republik je zu hoffen gewagt hätten. Ich glaube, man kann dem ganzen Land zu diesem Ergebnis und zu



dieser einmaligen politischen Situation gratulieren.“

Warum sie je zum Demonstrieren auf die Straße ging, statt gleich die glückbringende Regierungspolitik nach Kräften voranzubringen, blieb Antje Vollmers Geheimnis. Denjenigen aber, die der schnöden Welt noch etwas nüchtern begegnen, stellt sich immer dringender die Frage, wie wir, in solidarischer Zusammenarbeit mit Linken und Demokraten in der Tschechischen Republik, dem neuerlichen Drang nach Osten Einhalt gebieten können.

Renate Hennecke

menden ökonomischen Probleme wider. Im Parlament bewies die Gruppe der kommunistischen Abgeordneten ihre Unterstützung für die Lehrer dadurch, daß sie bei der diesjährigen Haushaltssession vorschlug, zwei Milliarden Kronen bereitzustellen, um eine Aufbesserung ihrer Gehälter zu finanzieren. Dieser Vorschlag sei abgelehnt worden.

Italien: Skandalurteil!

Zu 22 Jahren Haft wurden Adriano Sofri, Ovidio Bompresso und Giorgio Pietrostefani - ehemalige Mitglieder der Gruppe „Lotta Continua“ - verurteilt. Ein Kassationsgericht fand die drei für schuldig, am 17. Mai 1972 den Polizeikommissar Luigi Calabresi ermordet zu haben. Einziger Belastungszeuge war der als Kronzeuge auftretende (Mit)Täler Leonardo Marini. In Italien ist der Protest gegen das harte Urteil 25 Jahre nach der Tat groß. Ehemalige Mitglieder von „Lotta Continua“ wie der Vorsitzende der Grünen, Luigi Manconi, kritisieren die Justiz: „Der unverantwort-

DOKUMENTIERT

Wir enthalten uns der Stimme. Die Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen und Gespräche. Diese wurden und werden von Auseinandersetzungen begleitet, die die nachwirkenden Konflikte und Probleme der Vergangenheit ebenso wie andauernde Unterschiede der Interessen, der Sichtweisen und der politischen Bestrebungen in und zwischen beiden Ländern widerspiegeln. Beiderseitige Bemühungen sowohl um das schließliche Zustandekommen der Erklärung als auch um ihre hauptsächlichen Leitsätze für eine friedliche und gegenseitig fruchtbare Gestaltung der Zusammenarbeit sprechen für das Dokument. Zu würdigen sind insbesondere die Geduld und das weitreichende Entgegenkommen der tschechischen Partner.

Andererseits verbieten uns wesentliche Einschränkungen und kritikwürdige Momente eine Zustimmung. Sie gehen vor allem von deutscher Seite aus und entspringen einem zwiespältigen Umgang mit den Ereignissen und Erfahrungen der Geschichte beider Länder und Europas überhaupt im 20. Jahrhundert. Dazu gehören insbesondere:

– die fehlende Bereitschaft der Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, endlich ebenso wie die Signatarstaaten England und Frankreich das Münchener Abkommen von 1938 als von Anfang an null und nichtig zu erklären und das Potsdamer Abkommen der vier Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition

In der Bundestagsdebatte kündigte Gregor Gysi an, daß ein Teil der PDS-Bundestagsgruppe der Erklärung zustimmen, die übrigens sich der Stimme enthalten würden. Einen Zusammenhang zum Gesamtrahmen der deutschen Außenpolitik stellte er nicht her, kritisierte aber viele Formulierungen der Erklärung. Als einziger Redner wies er darauf hin, daß die Umsiedlung der Sudetendeutschen ihre völkerrechtliche Grundlage im Potsdamer Abkommen hatte. Und daß es in der BRD zwar keine gesetzliche, aber doch eine faktische Amnestie für Nazi-Verbrecher gegeben hat. Für die tschechischen Nazi-Opfer forderte Gysi individuelle Entschädigungen. Dann sprach er über die Ereignisse des Jahres 1968. Zwar seien die Truppen der DDR damals nicht mit in die CSSR einmarschiert,

liche Gebrauch der geständigen Kronzeugen hat schwere Entstellungen im italienischen Justizwesen hervorgebracht. Von diesen Entstellungen ist die Verurteilung von Sofri die skandalöste. Gegen den Richter, der das Urteil gefällt hat, läuft zur Zeit ein Verfahren wegen Amtsmissbrauch. Dieser hatte das Urteil gesprochen, nachdem eine Vorinstanz das Urteil aufgehoben hatte. In der BRD hat sich eine Unterstützergruppe für die Freilassung der Angeklagten gebildet.

Solidarität mit Erdölarbeitern im Iran

Die internationale Solidarität mit den Arbeitern der Erdölindustrie im Iran breitet sich aus. Kanadische und amerikanische Gewerkschaften protestieren gegen das islamische Regime. Eine große Zahl von Arbeiterorganisationen in Kanada und den USA haben sich mit den Arbeitern der Erdölraffinerien solidarisch erklärt und Protestschreiben an den iranischen Präsidenten und an die

Erklärung, die jene PDS-Abgeordnete, die sich der Stimme enthielten, zu Protokoll gaben.

on von 1945 als eine legitime und wesentliche Ausgangsposition und Grundlegung für das Europa der Nachkriegszeit, der Gegenwart und der Zukunft anzuerkennen;

– die unzureichend eindeutige historische, politische und moralische Charakteristik der entscheidenden Rolle und Verantwortung Nazideutschlands bei der Vorbereitung und Durchführung der verbrecherischen Aggression gegen die damalige Tschechoslowakei und zahlreiche weitere europäische Länder. Die damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschheit wie jahrelange Besatzung und Terror, Diskriminierung, Deportation, Zwangsarbeit und massenhafter Mord werden insgesamt und insbesondere im Verhältnis zur Beschreibung von späteren Rechtsverletzungen und Vergehen von tschechischer Seite nicht hinreichend benannt. Es ist unumgänglich, die auch in der DDR fälschlicherweise jahrzehntelang tabuisierten Ausschreitungen der bei der Durchführung der von den alliierten Siegermächten beschlossenen Aus- und Umsiedlung von Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei aufzuarbeiten und kritisch zu beurteilen. Die darüber hinausgehende Kritik an innen- und rechtspolitischen Entscheidungen dieses Landes nach 1945 erscheint als unangemessen, wenn nicht gleichzeitig jahrelang schwerwiegende Versäumnisse der BRD bei der Aufklärung und Sühne von Nazi- und Kriegsverbrechen – nicht zuletzt in den zwischen 1938 und 1945 besetzten Ländern – benannt werden. Schließlich und vor allem ist das

Ausbleiben einer überfälligen Regelung der individuellen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsansprüche tschechischer NS-Opfer und die in der Erklärung ebenfalls fehlende, für dauerhaft gutnachbarliche Beziehungen jedoch unverzichtbare Anerkennung der Tatsache zu nennen, daß die nach 1945 in der Tschechischen Republik entstandenen Eigentumsverhältnisse nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Wesentliche Erwartungen und nach mehr als einem halben Jahrhundert überfällige Regelungen werden mit der vorliegenden Erklärung nicht erfüllt. Die dafür vorhandenen Chancen wurden nicht genutzt. Die an den oben genannten Defiziten geübte Kritik begründet und verdeutlicht, warum uns eine Zustimmung zu dem erreichten Kompromiß nicht möglich ist. Das schließt durchaus den Respekt gegenüber jenen Politikern, politischen Gruppierungen und Bürgern der Tschechischen Republik ein, die im Interesse der Orientierung auf eine friedvolle und kooperative Zukunft beider Länder eigene begründete Bedenken und Vorbehalte zurückgestellt haben, aber auch gegenüber jenen, die aus ähnlichen Bedenken die Erklärung ablehnen. Dem übergeordneten, Ziel friedlicher und gutnachbarlicher Beziehungen ist auch unser hiermit begründetes Abstimmungsverhalten verpflichtet.

Dr. Ludwig Elm, Wolfgang Bierstedt, Petra Bläss, Eva Bulling-Schröter, Maritta Böttcher, Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Uwe-Jens Heuer, Gerhard Jüttemann, Dr. Christa Luft, Dr. Günther Maleuda, Christina Schenk, Dr. Winfried Wolf, Gerhard Zwerenz.

Gregor Gysi sprach für die Mehrheit der PDS-Abgeordneten, die der Erklärung zustimmten.

aber die DDR habe in vielfacher Hinsicht bei diesem Einmarsch, seiner Vorbereitung und Durchführung Hilfe gewährt. „Da ich hier in einer historischen Verantwortung stehe“, sagte Gysi, „will ich die Gelegenheit nutzen, mich im Namen meiner gesamten Partei bei dem tschechischen und dem slowakischen Volk dafür aufrichtig zu entschuldigen.“ Entscheidende Bedeutung maß Gysi der Behandlung der Eigentumsansprüche der Sudetendeutschen bei. Angesichts der Erfahrungen mit der Behandlung von Eigentumsfragen in der ehemaligen DDR seien die Sorgen der tschechischen Bevölkerung nur allzu verständlich und die Formulierungen in der Erklärung unzureichend. Er fügte aber hinzu, es sei „wichtig, daß der Verzicht enthalten ist, künftig damit die Beziehungen nicht zu belasten. Das ist

eine Chance, und das macht vielen von uns die Zustimmung möglich“. Die Formulierung, auf die sich Gysi bezog, besagt, daß:

„jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, daß die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“

Hochrangige Politiker, so Stoiber aus Bayern, haben zu wiederholten Malen erläutert, daß sie nicht davon ausgehen, daß die Rechtsordnung der Tschechischen Republik einen EU-Eintritt überdauern könnte. Ähnlich wie seinerzeit bei der „Anerkennung“ der DDR wird hier, verklausuliert, aber lesbar, angekündigt, die Rechtsordnung des Nachbarlandes umzustellen zu wollen. (maf)

heute weltweit in der Lage, sich über den Umgang mit der Arbeiterklasse zu informieren. Dementsprechend reagieren sie auch gegen jene Länder, in denen eine rückständige Politik gegenüber der Arbeiterklasse praktiziert wird. Solche Länder geraten zunehmend unter Druck.“ Die kanadische Postgewerkschaft weist angesichts des Umgangs des Regimes mit den Forderungen der Erdölarbeiter und der Androhung, „ausländische“ Arbeiter zu entlassen, auf „die Notwendigkeit einer Internationalen Antwort“ hin.

Die Ausweitung des internationalen Protests gegen die arbeiterfeindliche Machenschaften des islamischen Regimes und die Bereitschaft mehrerer Organisationen der Arbeiterschaft, mehr Druck auf das Regime auszuüben und schärfere Maßnahmen in Betracht zu ziehen, zeigt einen hoffnungsvollen Stand unserer laufenden Kampagne zur Mobilisierung weltweiter Unterstützung und Solidarität mit den Kämpfen der Erdölarbeiter im Iran. (AKP / hav) (Zusammenstellung: hav)

Korea: Fortdauernde Teilung oder schrittweise Annäherung?

Von Rainer Werning

Zumindest fünf herausragende Ereignisse rückten die koreanische Halbinsel in den vergangenen Monaten neuerlich ins Blickfeld internationaler Aufmerksamkeit:

- **Die im August von massiven - vor allem studentischen - Protesten und Demonstrationen begleiteten Gerichtsurteile gegen die Ex-Präsidenten Chun Doo-Hwan und Roh Tae-Woo sowie einige hochrangige Generäle und Topmanager der Chaebol wegen Korruption bzw. Landesverrat und Verstrickung in die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes im Mai 1980.**
- **Die Anlandung eines nordkoreanischen U-Bootes an der Küste Südkoreas Mitte September und die dadurch ausgelöste erhöhte Alarmbereitschaft der südkoreanischen Sicherheitskräfte.**
- **Die Ende Oktober begonnenen zweiwöchigen Manöver von über einer halben Million südkoreanischer und US-Soldaten zwecks Erprobung gemeinsamer Kampfbereitschaft gegen nordkoreanische Kommandooperationen.**
- **Die ebenfalls Ende Oktober von (dem am 12. November demissionierten) Außenminister Gong Ro-Myung im Pariser Hauptquartier der OECD unterzeichnete Vereinbarung über den Beitritt Südkoreas zu diesem nunmehr 29 Mitgliedern zählenden erlauchten „Club der Reichen“, eine Ehre, die in Asien bisher nur Japan zuteil wurde, das der OECD seit 1964 angehört.**
- **Die um die Jahreswende für die Regierung Kim Young-Sam und das südkoreanische Big Business unerwartet heftig eskalierten Gewerkschaftsproteste gegen die umfassende Neuregelung des Arbeitsrechts.**

In diesen Ereignissen verschränken sich auf eigentümliche Weise Elemente der alten mit solchen der neuen Weltordnung, das Anachronistische steht neben

dem Zeitgeistigen. Kurz: Politische Realität in Korea präsentiert sich als disparate Wirklichkeiten in ein und demselben Land geteilter Staatlichkeit. Das Überwinden dieser unverschuldeten, in einer historischen Umbruchphase wesentlich von äußeren Kräften oktroyierten Teilung ist ein Prozeß, der weitaus langwieriger und konfliktträchtiger verlaufen wird, als dies gemeinhin von sämtlichen darin involvierten Protagonisten angenommen wurde.

„Befriedung“ statt Befreiung

Mit dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft (1910-45) verband der überwiegende Teil der Koreaner die hoffnungsreiche Erwartung, endlich wieder selbst die eigenen Geschicke des Landes lenken zu können. Diese Erwartung sollte sich sehr bald schon als Wunschenken entpuppen, das die Kalüle der Siegermächte (der USA und der SU) unberücksichtigt ließ. Diese hatten sich längst vor Kriegsende darüber verständigt, Korea auch nach einem Sieg über Japan die Unabhängigkeit vorzuenthalten und die Halbinsel statt dessen eine Zeitlang „treuhänderisch“ zu verwalten. Der 38. Breitengrad diente hernach als Demarkationslinie zwischen Groß- und Siegermächten, die um so un durchlässiger wurde, je erbitterter deren Systemkonfrontation im Zuge des Kalten Krieges und jeweils verfolgter imperialer Eigeninteressen eskalierte. Für diejenigen politischen Kräfte in Korea, denen zumindest am Aufbau einer eigenen Regierung, wenn nicht gar an tiefgreifenden sozialen Reformen gelegen war, bedeutete die Anlandung US-amerikanischer Truppen in Inchon und die Präsenz der Roten Armee nördlich des 38. Breitengrades eine Einschnürung genuin eigener Handlungsspielräume, die sich schrittweise, d.h.

mit der von außen intensivierten Einflußnahme auf innerkoreanische Prozesse in Form des Aufbaus und der Protektion strategischer Machtgruppen verringerten.

Rhee Syngman ist bekanntlich auf Geheiß Washingtons aus seinem US-amerikanischen Exil nach Südkorea ausgeflogen, dort zum Präsidenten gekürt und gegen beträchtliche Anfeindungen seitens einer breitgefächerten Opposition - inkl. militärischer Mittel - gestützt worden. Im Norden der Halbinsel vermochte es derweil die Gruppe um Kim Il-Sung, damals nur eine unter mehreren vormaligen antijapanischen Partisanengruppen, sich mit sowjetischer Unterstützung langsam ins Zentrum der politischen Macht zu rücken. Was den Grad der sozialökonomischen Reformen (z.B. den Umgang mit den ehemaligen Kollaborateuren der japanischen Kolonialadministration sowie die Neugestaltung der Besitzverhältnisse qua Landreform), die Entfaltungsmöglichkeiten der landesweit gebildeten Volkskomitees, die innenpolitische Akzeptanz und ideologische Legitimation betraf, dürfte den Norden eine größere Binnensolidarität und geringere gesellschaftliche Polarisierung ausgezeichnet haben als den Süden. Wenngleich sich beide Regime im Laufe der Zeit, nicht zuletzt durch die verschärzte Systemkonfrontation ihrer „Schutz“mächte, stabilisierten, gestalteten sich deren Kontrollmechanismen höchst unterschiedlich. Während die SU ihre letzten Truppen bereits 1948 aus Nordkorea abgezogen hatte, bleibt die Präsenz (ca. 37.000) im Süden des Landes stationierter GIs ungebrochen stark.

So markierten die beiden Staatsgründungen - am 15. August 1948 die Schaffung der Republik Korea (Südkorea) und am 9. September die Proklamation der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (Nordkorea) - sowohl die imperial begründete Teilung des Landes als auch - dadurch bedingt - die jeweiligen Herrschaftsansprüche der beiden Staatsapparate auf Aufhebung eben dieser Teilung. Als ideologische Leitplanken dieses Bestrebens dienten der Antikommunismus auf der einen und der Antimperialismus auf der anderen Seite, was sich darin äußerte, daß freedom & democracy (aus südlicher Sicht) ebenso hegemonial durchgesetzt werden sollte wie (aus nördlicher Sicht) die

Überwindung des neokolonialen Status der Republik Korea mit der KVDR als revolutionärem Hinterland.

Konfrontation statt Kooperation

Die eigentliche Tragik bestand darin, daß die nach der Kapitulation Tokio von den Koreanern antizipierte Befreiung aufgrund der geostrategische Lage der Halbinsel als delikates Nahrtstellte der Ost-West-Blockkonfrontation auf dem asiatischen Festland verunmöglich, mehr noch, ihre Souveränität aufs neue beschnitten wurde und zu allem Überfluß dem Aggressor Japan eine Teilung seines Landes erspart blieb. Die Gründung der VR China im Oktober 1949 tat ein übriges, um im Westen die Furcht vor einem Vordringen des Kommunismus in Asien zu nähren. Nicht zufällig ist seinerzeit im Pentagon und State Department der Begriff „roll back“ geprägt worden, über dessen offensiven Charakter die damaligen US-Außenminister Dean Acheson und John Foster Dulles keinen Zweifel ließen.

Daß in einem solchen Klima gerade Korea unverschont bleiben sollte, war von Anfang an illusorisch. Im Gegenteil: hier sollte es zum ersten „heißen“ Konflikt des Kalten Krieges kommen, dem auf beiden Seiten politisch-diplomatische Attacken und Konterattacken sowie militärische Provokationen vorangegangen waren, die schließlich zum offenen Bürgerkrieg mit häufig wechselnden, die gesamte Halbinsel erfassenden Frontverläufen eskalierten, und der infolge des massiven Eingreifens von UN-Truppen unter US-amerikanischer Ägide und Einheiten chinesischer Freiwilligenverbände eine gefährliche internationale Dimension erlangte. (...)

Unbestritten ist, daß das dreijährige Kriegsgeschehen in Korea (Juni 1950 bis Juli 1953) über immense materielle Verwüstungen hinaus tief, bis heute klaefende psychische und emotionale Wunden hinterließ, die zwar durch das Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom zwar notdürftig überdeckt, beileibe jedoch nicht geheilt, geschweige denn durch eine umfassende Friedensregelung in ihren Auswirkungen gelindert werden konnten.

In der nächsten Ausgabe: „Modell Nord“ versus „Modell Süd“: Dialog im Schatten äußerer politischer Neukonstellationen und als etatistische Domäne.

Die Vokabeln Frieden und Entspannung kennen die meisten KoreanerInnen allenfalls aus dem Fremdsprachenunterricht. Seit Jahrzehnten ist das Verhältnis zwischen den zwei verfeindeten Brüdern, der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Republik Korea (Südkorea), milde formuliert, frostig. Im Hochschaukeln gegenseitiger Feindbilder, flankiert von gelegentlichem Säbelrasseln, gingen beide Seiten recht rüde ans Werk: Brandmarkt die politische Führung in Pjöngjang den südkoreanischen Präsidenten Kim Young-Sam ungeniert als „Marionette des USA-Imperialismus“, fährt man in der südkoreanischen Metropole Seoul gleichsam unbekümmert eine Retourkutsche und unterstellt den Machthabern um Kim Jong-Il, dem designierten Nachfolger-Sohn des 1994 verstorbenen Staats- und Parteichefs Kim Il-Sung, „Aggressivität und Kriegslüsternheit.“

Jetzt scheint das Kriegsbeil erst einmal beiseite gelegt zu sein. Zur Jahreswende entschuldigte sich Pjöngjang offiziell für das Eindringen eines U-Bootes in südkoreanische Gewässer, was im September in Seoul höchste Alarmbereitschaft ausgelöst hatte. Im Gegenzug übergaben südkoreanische Militärs ihren Kameraden aus dem Norden im Grenzort Pan-

munjom die sterblichen Überreste der während der spektakulären U-Boot-Affäre in wochenlangen Suchaktionen aufgespürten und schließlich exekutierten „Spione“ - in fein säuberlich verschnürten Urnen. Kurz darauf dann die Nachricht, noch in diesem Monat soll ein Vorbereitungstreffen über Friedensgespräche stattfinden, an dem außerdem die USA und die VR China teilzunehmen gedenken. Dabei geht es um eine dauerhafte Friedensregelung auf der koreanischen Halbinsel, die

Bewegung in der Starrheit

In Korea redet man wieder über Frieden

den seit Juli 1953 in Panmunjom lediglich ausgehandelten Waffenstillstand ablösen soll. Durch ihn ist damals drei dreijährige Bürgerkrieg - der erste „heiße“ Konflikt des Kalten Krieges - beendet worden. Unterzeichnet wurde das Abkommen von Nordkorea, den USA und der VR China, die selbst mit sogenannten Freiwilligenverbänden in das Kriegsgeschehen eingegriffen hatte. Von einer friedlichen Annäherung zwischen Nord- und Südkorea (übrigens Nichtunterzeichner des Waffenstillstands) war indes keine Rede.

Zwar gab es im Sommer 1972 im Rahmen gemeinsamer Rote-Kreuz-Ver-

handlungen und Ende 1991 nach Unterzeichnung eines Nord-Süd-Aussöhnungsvertrages kurzweilig Avancen zwischen Seoul und Pjöngjang. Sie veränderten allerdings aufgrund jeweiliger innenpolitischer Schwierigkeiten. Ende 1972 verhängte der damalige Präsidenten Südkoreas, Park-Chung-Hee, das Kriegsrecht, während Nordkorea zu Beginn der neunziger Jahre nach der Erosion der realsozialistischen Regime nolens volens zum Überdenken seiner Politik gezwungen worden war. 1994 gar malten die USA das Schreckgespenst einer akuten atomaren Bedrohung durch Nordkorea an die Wand, um Anfang 1995 mit Pjöngjang - diesmal freilich kleinlaut - die Lieferung von Leichtwasserreaktoren und Öl sowie die Einrichtung von Liaison-Büros in den jeweiligen Hauptstädten zu vereinbaren. Für Pjöngjang bedeutete dies zweifellos einen politisch-diplomatischen Erfolg, der seine jetzige Teilnahme an den Viergesprächen erleichterte.

Die Kalküle, sich nunmehr aufs mühsame Buchstabieren von Frieden und Entspannung einzulassen, sind un schwer auszumachen: Nordkorea befindet sich nach verheerenden Über-

schwemmungen und Dürrekatastrophen in einer prekären wirtschaftlichen Situation. Seine beschworenen Planerfüllungen gleichen einem Vabanquespiel, seit der bilaterale Handel - vorrangig betrifft dies die Lieferung von Öl - mit den einst engsten Verbündeten, der Sowjetunion bzw. Rußland und der VR China in Devisen abgewickelt wird. Innenpolitisch steht die offizielle Amtübernahme von Kim Jong-Il noch aus. Um schließlich seine ehrgeizigen Joint-venture-Vorhaben im Grenzgebiet zu China und Rußland sowie im Einzugsgebiet der Hafenstadt Nampho erfolgversprechend anzukurbeln, muß sich Pjöngjang als berechenbarer und zuverlässiger Verhandlungspartner empfehlen. In Südkorea ist Präsident Kim Young-Sam durch die massiven und für das Big Business seines Landes unerwarteten Demonstrationen der Gewerkschaften in die Bredouille geraten.

Die außerparlamentarische und Teile der parlamentarischen Opposition werfen seiner Regierung überdies Untätigkeit in der Wiedervereinigungspolitik vor. So möchte Kim die Proteste parieren und dem Druck wenigstens ein Ventil öffnen, indem er an den Viergesprächen teilnimmt. Und gleichzeitig signalisieren, seinerseits ein wenig zur Bewegung in der Starrheit beizutragen

Die Bedeutung der MRTA



Botschaftsbesetzung und innenpolitische Entwicklungen in Peru

Nicht nur eine Besetzung

Die nunmehr 7-wöchige Besetzung der japanischen Botschaft in Lima durch ein Kommando des MRTA hat die Diskussion über die nationale Sicherheit und die wachsende Armut neu eröffnet. Politische und wirtschaftliche Themen, die jahrelang nicht erörtert wurden, sind wieder an die Oberfläche gekommen. Die peruanischen PolitikerInnen, angefangen beim Präsidenten Fujimori, waren völlig unvorbereitet, als ein Kommando der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) mehr als 600 Partygäste als festsetzte. Die Ausgangsfrage bildete die offenbar unseriöse Einschätzung, die Regierung sei erfolgreich gegen die Guerillaorganisationen MRTA und Sendero Luminoso vorgegangen, von dieser Seite drohe - nach einer riesigen Verhaftungswelle in den letzten Jahren - keine „Gefahr“ mehr. Im März 1996 hatte die Regierung die Abteilung innerhalb der Nationalbehörde gegen den „Terrorismus“ (Dinocote) aufgelöst. „Wir müssen uns fragen, wie eine Gruppe, die die Regierung ausgemerzt haben wollte, es schaffte, den spektakulärsten Anschlag in der Geschichte des Landes durchzuführen“, erklärte der Abgeordnete Javier Canseco, der zu Beginn der Krise freigelassen wurde. Die PeruanerInnen und die ganze Welt würden die für Peru daraus entstehenden Risiken erkennen. Ein Anfangsrisiko der Krise war für die Regierung die Möglichkeit, die japanische Finanzhilfe zu verlieren. Sie summerte sich in den vergangenen Jahren auf 700 Millionen Dollar und weitere 600 Millionen sind vorgesehen. Obwohl sie ein Ende der Hilfe dementierten, setzten die Japaner vorerst die Unterstützung im Nichtregierungs- und im Kulturbereich aus.

Die zweite große Diskussion konzentriert sich auf die Sparpolitik in der Wirtschaft. Sie findet Anwendung, seit Fujimori vor etwa sieben Jahren die Regierung übernahm.

Jahrelang konnte der Präsident die Debatte über die Wirtschaft erfolgreich kontrollieren, indem er mit Nachdruck auf die sogen. Erfolge hinwies, seine KritikerInnen als altmodisch bezeichnete. Jetzt hat die Krise die Aufmerksamkeit auf die etwa 50 Prozent der PeruanerInnen gelenkt, die weiterhin in der Armut und ständiger Arbeitslosigkeit leben.

Eine Hauptforderung der RebellenInnen an die Regierung besteht darin, die Wirtschaftspolitik zu ändern, um der Arbeitsplatzschaffung den Vorrang zu geben. Die Schwachpunkte des peruanischen „Wirtschaftswunders“ werden auch von Gruppen hervorgehoben, die gewöhnlich die Wirtschaftsinitiativen der Regierung unterstützen. Die Finanzzeitung „Gestión“ bezeichnet die hohe Arbeitslosigkeit als „besorgniserregend“. In den ersten Jahren konnte die Armut, die 1991 über 55 Prozent der 23 Millionen PeruanerInnen betraf, leicht verringert werden. 1996 war der Armutanteil jedoch wieder auf 49 Prozent angestiegen. Im Vergleich zum Durchschnitt der vorherigen Dekade, in der

knapp 38 Prozent der Bevölkerung in Armut lebten, liegen die Zahlen zudem wesentlich höher. (Quelle: Lima, noticias aliadas-Poonal)

Die Rolle des Bischofs

Die ExpertInnen in politischen und kirchlichen Angelegenheiten zeigten sich vom Auftauchen des peruanischen Bischofs in der Geiselkrise überrascht. Cipriani wird als der eigentliche Gesandte zwischen den RebellenInnen und Fujimori angesehen. Fujimori kann darauf zählen, daß Cipriani der Nichtverhandlungslinie der Regierung folgt. Er spielt die Rolle der Augen und Ohren Fujimoris. Die anderen Mitglieder der katholischen haben sich darauf beschränkt, sich „angenehm überrascht“ über die Beteiligung Ciprianis zu zeigen. Einige BeobachterInnen glauben, die tatsächlichen Absichten des Erzbischofs seien es, Punkte auf seiner Karriere zum Kardinalshut zu sammeln. Der 53jährige „hat den Blick darauf gerichtet, der nächste Kardinal Perus zu werden“, schätzt die Kirchenexpertin Vega-Centeno ein. Trotz dieser möglichen Absichten, ist das Internationale Rote Kreuz, das selber eine Schlüsselrolle vom Anbeginn der Krise spielt, bezüglich der Rolle Ciprianis im Hinblick auf eine friedliche Lösung der Situation optimistisch. „Eine respektierte Person wie Cipriani ist wichtig in dieser Entwicklung. Er ist Peruaner. Das ist von Bedeutung, weil die Lösung zwischen Peruanern gefunden werden muß, nicht durch Ausländer, die ihnen sagen, was zu tun ist“, erklärt ein Sprecher des Internationalen Roten Kreuzes. (Quelle: noticias, Lima)

Die Geschichte der MRTA

Die Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru (MRTA) wurde 1984 von einer DissidentInnengruppe der Sozialistischen Revolutionären Partei (PSR) gegründet und bezeichnete sich selbst als marxistisch-leninistisch. Die PSR war den 70er Jahren zur Unterstützung der Militärregierung von Juan Velasco Alvarado entstanden. Zur MRTA stießen auch Mitglieder der Bewegung der Revolutionären Linken - Die Vorkämpferin (MIR-EM, Movimiento de Izquierda Revolucionaria-El Militante), ihrerseits eine Abspaltung der historischen MIR, die zur ihrer Zeit von jungen Leuten der sogenannten „rebellischen APRA“ (APRA/3D Revolutionäre Amerikanische Volksallianz, 1924 von dem Peruaner Haya de la Torre als länderübergreifende Bewegung gegründet, seit 1931 aber nur in Peru aktiv. Die Red.). Die MIR führte, inspiriert von der kubanischen Revolution, den Guerillakampf in den 60er Jahren an. Zu diesen beiden Hauptquellen der MRTA kamen noch Mitglieder anderer Kleinstparteien aus dem Spektrum der zersplitterten peruanischen Linken.

Der Peruaner Eduardo Caceres erklärt die MRTA in ideologischer Hinsicht als „eine politisch-militärische Organisation marxistisch-leninistischer Orientierung mit dem Plan eines revolutionären Krieges gegen den Staat, aber ohne eine

allzu große programmatische Genaugigkeit.“ Caceres charakterisiert weiter: „Sie könnte als eine Organisation mit leicht guevaristischem Einfluß definiert werden, die sich als bewaffneter Arm der peruanischen Volksbewegung verstand, der sich dem Staat und dem Sendero Luminoso entgegenstellte, um einen Spielraum für die Bildung der Volksmacht in Peru zu schaffen. Für die Guevaristen sind die Bedingungen in Lateinamerika, wo die Demokratien nicht nur brüchig, sondern unbestimmt und irreal sind, reif oder fast reif für die Entwicklung eines revolutionären Projektes. Dafür braucht man eine revolutionäre Armee, die durch die Guerilla-Aktion geformt werden muß. Später sollen sich daraus die Bedingungen für den Volksaufstand ergeben“.

Strategisch gesehen haben die Guevaristen die Vorstellung, einen revolutionären Krieg zu entwickeln, in den sie verschiedene Aktionsformen einschließen: die strikt militärischen, die Arbeit innerhalb der Volksbewegung und die politischen Aktionen. In der öffentlichen Meinung ist die MRTA immer als weniger gewalttätig als der Sendero Luminoso angesehen worden. Das stimmt nur halb. Nach Carlos Tapia, der sich wissenschaftlich mit dem Guerillaphänomen befaßt, „fing die MRTA als Robin Hood an und endete als Kapitän Garfio (ein Piratenkapitän)“. Eduardo Caceres meint: „Es ist sehr schwierig festzulegen, wann eine Aktion revolutionär ist und wann sie dazu übergeht, terroristisch zu sein.“ In den ersten Jahren gewann die MRTA die Sympathie der Bevölkerung. Sie „enteignete“ Lastkraftwagen, die mit Lebensmitteln beladen waren und verteilt die Ladung unter den Ärmsten, sie besetzte Radiostationen und sendete ihre Parolen, sie nahm Dörfer im Hochland und im zentralen Urwald ein und erklärte sie zu „befreiten Zonen“, ohne einen einzigen Schuß abzugeben.

Die MRTA zahlte ihrer strategischen Unbestimmtheit jedoch Tribut. Sie versuchte dieses Problem zu lösen, indem sie die militärischen Aktionen verstärkte. Nach und nach wurden ihre Operationen kühner und auch blutiger. „Sie begannen, mit der Bevölkerung zusammenzustoßen, Sympathieverluste zu erleiden. Sie mußten bestimmte Aktionsformen intensivieren, die besonders wichtig für den militärischen Bereich sind: Entführungen, um Gelder zu bekommen und sicher auch die Verbindung zum Drogenhandel, so wie es mit allen Kräften passiert ist, die sich in Gebieten mit Drogenhandel aufgehalten haben“, sagt Caceres. Interne Spaltungen führten zur Hinrichtung mehrerer Mitglieder. Das führte zu einer Situation der Schwäche, die von den Regierungskräften ausgenutzt wurde. Letztere versetzten der Bewegung harte Schläge, unter anderem die Gefangen nahmen von Víctor Polay Campos - dem obersten Chef der MRTA - und der wichtigsten Kader. Dazu kamen militärische Niederlagen, die zu dem Entschluß führten, sich in entlegene Urwaldregionen zurückzuziehen.

Die Besetzung der japanischen Botschaft ist nicht die erste spektakuläre

Aktion der Gruppe. Kurz vor dem Ende der Regierungszeit von Alan García im Juli 1990 entkamen Polay und 47 weitere MRTA-Mitglieder aus einem Hochsicherheitsgefängnis im Osten Limas. Sie flohen durch einen Tunnel von 300 Metern Länge, der von den AktivistInnen der Bewegung gebaut wurde und der den ExpertInnen Respekt abverlangte. Im November 1995 vereiterte eine Militäraktion der Regierung die Pläne der MRTA, das Parlament zu stürmen, um die Freilassung von Gefangenen zu erreichen. Miguel Rincón, „Nummer Zwei“ der Organisation, und weitere 20 Mitglieder fielen dabei in die Hände der Regierung. Damals wurden Verbindungen der MRTA zu politischen Organisationen Boliviens aufgedeckt, die die Entführung des Unternehmers und ehemaligen bolivianischen Ministers Samuel Doria Medina im Dezember 1995 in der Hauptstadt La Paz durchführten. Für Medinas Freilassung wurden 1,4 Millionen Dollar gezahlt. Die MRTA hat jedoch niemals ihre Bande mit einer Reihe ähnlicher Bewegungen in Lateinamerika verleugnet. Die Organisation selbst gründete das sogenannte „Bataillon America“, das in Kolumbien operierte. Es setzte sich aus Mitgliedern verschiedener aufständischer Organisationen Lateinamerikas zusammen. Was aber die meiste Aufmerksamkeit hervorruft, ist das junge Alter der MRTA-AktivistInnen - in der Mehrheit sind sie unter 20 Jahren und kommen aus dem Zentralurwald (von hier kam auch die Botschaft des MRTA an die Internationale Öffentlichkeit zur Unterstützung der Aktion) - und die Fähigkeit der Bewegung, ihre gefangenen FührerInnen zu ersetzen. (Quelle: Informationsdienst Poonal, Ende Jan. 1997)

MRTA-Erklärung (Ende Dez 1996), Auszüge

Die Aktion des Commandos „Edgar Sanchez“ hat Peru in die Weltöffentlichkeit geschoben. Die peruanische Regierung zeigt sich gegenüber dem Schicksal von Millionen von Menschen desinteressiert. Ihre Haltung gegenüber den Menschen versucht sie ins Gegenteil zu verkehren, indem sie die sozialen Kämpfen als terroristisch definiert. In den letzten 4 Jahren ist die Zahl der politischen Gefangenen auf 9.000 gestiegen, allen wird Teilnahme an der Subversion vorgeworfen, alle werden vor Militärttribunale gebracht und zu 25, 30 Jahren verurteilt; Verteidigungsrechte werden nicht gewährt. Unter diesen Bedingungen sind hunderte von Personen unschuldig im Gefängnis. Auf der anderen Seite wird das Militär des Mordes, der Vergewaltigung von Frauen und Kindern, der Folterung und der Massaker beschuldigt; die Regierung gewährt ihnen Straffreiheit dafür.

Wir rufen die fortschrittlichen Männer und Frauen in der Welt auf, auf die peruanische Regierung einzuwirken, eine politische Lösung zu finden, die zur Freiheit der politischen Gefangenen und der Kriegsgefangenen des Commandos Edgar Sanchez führt.

ITUPAC AMARU ... VIVE ... Y VENCERA!!
(e-mail) (Zusammenstellung: mc)

Antifaschismus und die „Mitte der Gesellschaft“

19. Landeskongress antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW

Bochum. „Gegen soziale Ausgrenzung und rechte Strategien“, so lautete das Schwerpunktthema der diesjährigen Landeskongress antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW. Es war bereits die 19. Konferenz, über 100 Leute waren am 25.1.1997 in die Heinrich-Böll-Gesamtschule nach Bochum gekommen. Den Schwerpunkt bildeten wie oft in den letzten Jahren die Arbeitsgruppen. Insgesamt neun fanden statt, aus der mit deutlich über 20 Teilnehmern größten wird unten berichtet. Andere Arbeitsgruppen-Themen waren „Rechte Rockmusik – Dark Wave“, „Frauen und die extreme Rechte“, „Goldhagen-Debatte: Zur Tradition und Gegenwart des Antisemitismus“, „Rückgriffe auf Methoden völkischer Außenpolitik“ und „Beziehungen BRD – Türkei“. Doch auch im Eröffnungsplenum gab es drei interessante Beiträge, die sich vor allem um die Entwicklungen in der „Mitte der Gesellschaft“ drehen.

So befaßte sich Helmut Kellershohn vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) mit dem Thema „Neue Rechte“ – Strategische Überlegungen von Konservativen und Faschisten“. Er erläuterte, wie der „radikalierte Neokonservatismus“ seit langem die Umgestaltung der Gesellschaft betreibt, um öffentliche Armut in privaten Reichtum zu verwandeln, begleitet von einer rechten Wertediskussion. Konzepte, wie sie z.B. der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Schäuble vertritt, können dabei auf völkische, faschistische Traditionslinien zurückgeführt werden. Das ist z.B. der Fall beim Ziel eines „schlanken“, aber „starken“, auf „nationaler Identität“ beruhenden Staates. Gleichzeitig versuchen Faschisten wie die NPD am Protest gegen den Sozialabbau anzusetzen und entwickeln daran ihre Volksgemeinschaftsziele. Absehbar ist, daß die Rechte im Wahlkampf 1998 polarisieren will, „Freiheit oder Sozialismus“.

Daran knüpfte Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen) an, die zum Thema: „Revanchismus und die Po-

litik der Bundesregierung“ sprach. Sie vertrat die Auffassung, daß die Bundesregierung die „Vertriebenenlobby“ künstlich aufrechterhält und finanziert, weil ihre Politik trotz Anerkennung der Grenzen zu den osteuropäischen Ländern auf „Revanche“ für die Gebietsverluste durch den II. Weltkrieg hinausläuft. Herbert Hupka, langjähriger Vertriebenenfunktionär und CDU-Abgeordneter: „Ein geraubtes Recht stirbt nicht ... sondern ist vererbbares und vererbtes Recht.“ Dabei geht es (derzeit) nicht um die Vorbereitung einer militärischen Rückeroberung, sondern um das, was der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Wittmann, als „friedlichen Wandel“ bezeichnet – das Offenhalten deutscher Eigentumsansprüche inklusive.

Als letztes sprach Dieter Krause, Sekretär bei der ÖTV-Bezirksleitung NW II. Er befaßte sich u.a. mit Ähnlichkeiten zwischen Entwicklungen in der Weimarer Republik und heute. Auch damals versuchte das Kapital die Massenarbeitslosigkeit auszunutzen, um seine Interessen durchzusetzen. Die Zukunftsperspektiven von immer größeren Teilen der Gesellschaft werden immer unsicherer. Dieter Krause verwies aber auch darauf, daß es Gegenwehr gibt, z.B. bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ausdrücklich unterstützte er die „Erfurter Erklärung“, die für die Ablösung der Bundesregierung durch Zusammenarbeit aller Oppositionsparteien eintritt. Bei aller Bedeutung, die die „Erfurter Erklärung“ als Signal gegen die Ausgrenzung der PDS hat, gab es in der Diskussion auch Kritik. So verwies Ulrich Sander von der VVN-BdA darauf, daß die „Erklärung“ keine Anhaltspunkte für antimilitaristische Positionen enthält und sicherlich nicht „die“ Plattform der Opposition werden kann.

Die einzige Arbeitsgruppe, die mangels Beteiligung ausfiel, war eine zum „Jahr gegen den Rassismus“ – die Zusammenarbeit mit antirassistischen Gruppen, Flüchtlingsräten usw. war schon einmal besser entwickelt. Allerdings waren einige Arbeitsgruppen mit

sechs oder sieben Teilnehmern etwas klein, eine inhaltliche Schwerpunktsetzung wäre bei der nächsten Konferenz sinnvoll. Im Abschlußplenum wurden dann drei Punkte beschlossen: Die Landeskongress unterstützte die Demonstration am Samstag, 1.2.1997, gegen den „Europa Vorn“-Verlag in Eschweiler bei Aachen, eine Aktion gegen die militärische „Waffen- und Sammlerbörse“ am 22.2. in Krefeld und die Ostermärsche.

Die nächste Landeskongress antifaschistischer Initiativen und Organisationen soll Ende Januar/Anfang Februar 1998 stattfinden und wird stark auf die Bundestagswahlen zugeschnitten sein. Ein Veranstaltungsort soll frühzeitig geklärt werden. Durch die im Wahljahr anstehenden Aufgaben wird sie zwangsläufig etwas stärker „aktionsorientiert“ sein. Doch auch in diesem Jahr stehen örtlich und regional wichtige Aktionen an. Dazu gehört auch die Absicht der Antifaschistischen Bochumer Stadtkonferenz, sich wieder etwas mehr um die NPD-Landeszentrale in Bochum-Wattenscheid zu „kümmern“.



Köln. Demonstration am 27. Januar dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Inhaltliche Kritik an rechten Positionen nötig

In seinem Eingangsreferat in der AG „Entwicklungen bei faschistischen Organisationen und bei der ‚neuen Rechten‘“ – Rolle von Runden Tischen und NPD/JN“ befaßte sich Boris Hempel – Journalist und Mitarbeiter bei der Bonner Stadtzeitung „Schnüss“ – mit der Entwicklung der Jungen Nationaldemokraten, der NPD-Jugendorganisation, die sich in den letzten Jahren mehr und mehr zum Auffangbecken für Teile der militärischen Neonaziszenz herauskristallisiert hat. Die JN wurde zu einer Kaderorganisation ausgebaut, der es über verschiedene Stränge wie Anmeldung von Aufmärschen, Betreiben von Nationalen Infotelefonen, Internetteilnahme, Schulungen, Bereitstellung von Propaganda-material gelingt, breitere Teile der rech-

ten Jugendszene an sich zu binden und zu organisieren. Helmut Kellershohn vom DISS hatte bereits auf dem Eingangsreferat referiert, so daß seine Aufführungen in die Diskussion der AG einbezogen wurden. Man kann sagen, daß zur Zeit im rechten Lager grob zwei Richtungen auszumachen sind: Die eine Seite, zu der Kräfte wie die „Republikaner“, die Macher der „Jungen Freiheit“ der „Bund freier Bürger“ zu zählen sind, die das Bündnis mit den Konservativen suchen und von rechts Druck auf die Unionsparteien ausüben wollen; zum anderen der sozialpatriotische Flügel um Schönhuber, Rouhs mit „Europa Vorn“, die JN, die auf Konfrontation zu den „Altparteien“ gehen und mit sozialdemagogischen Parolen und scheinbarer Kapitalismuskritik versuchen, Einfluß zu gewinnen. Letztlich führen all die verschiedenen Facetten im rechten Lager dazu, daß sich das Klima insgesamt nach rechts verschiebt.

Im Hinblick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf 1998 waren die Teilnehmer der AG der Ansicht, daß es notwendig ist, verstärkt in die inhaltliche Auseinandersetzung mit faschistischen und neokonservativen Positionen einzutreten und zu mehr gemeinsamer Aktionsfähigkeit zu kommen.

u.b.



Eschweiler/Aachen. Fast 400 Menschen demonstrierten durch Eschweiler zum „Europa-Vorn“-Verlag von Manfred Rouhs in Eschweiler-Dürwiss. Dabei beteiligten sich auch viele Eschweiler Bürgerinnen und Bürger und vor allem in Dürwiss selber kamen noch etliche Anwohner hinzu.

aus: Antifaschistische Nachrichten

9,7 Mio. DM für Wachdienste, 7 Mio. DM für Betreuung

München. Der Rechtsausschuß des Landtags diskutierte am 23.1.97 über Kontrollen von Besuchern und Bewohnern in Asylbewerberheimen. Hintergrund war ein Fall in Landsberg, wo Bewohner nach dem Verlassen des Heimes von Mitarbeitern eines privaten Wachdienstes ausgetauscht worden waren. Das Sozialministerium bestätigte, dies sei von Seiten der Behörden zu keiner Zeit angeordnet worden. Die Landtagsabgeordnete Elisabeth Köhler (Die Grünen) machte dagegen am Beispiel der Finanzmittel deutlich, daß polizeimäßige Methoden bei der Asylunterbringung im Vordergrund stehen. So werden für die zur Bewachung der Heime engagierten Sicherheitsdienste 9,7 Millionen Mark ausgegeben und für die Betreuung nur 7 Millionen.

baf

aus allen Teilen der Welt stattfinden. Organisator ist die Münchner Messe; die Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltet dazu eine Konferenz für Technologietransfer. Partner der Messegesellschaft sind die birmanische Regierung sowie die dortige Handelskammer und der Industrieverband. Finanziell gefördert werden teilnehmende Unternehmen durch das Messe-Beteiligungs-Programm des Freistaats. Bereits Ende dieses Monats wollen 15 deutsche Firmen, darunter die Deutsche Telekom, ABB und die Dresdner Bank zur Vorbereitung ein Handelsbüro in der Hauptstadt Rangoon eröffnen. Die Münchner Stadtratsgrünen protestierten dagegen mit einem Antrag im Stadtrat: „1. Der Stadtrat der LHM möge beschließen, daß die im Aufsichtsrat der Münchner Messe GmbH bzw. der IMAG vertretenen städtischen VertreterInnen für die ersatzlose Streichung der Kooperationsprojekte mit Birma sorgen.“

2. Dies gilt auch für alle anderen weltweit geächteten Regime, in denen umstrittenen die Menschenrechte nicht beachtet werden.

3. Die Münchner Messe GmbH bzw. die IMAG listet auf, mit welchen Staaten, die nach Ansicht der UNO oder der EU von staatlicher Seite her die Menschenrechte

München. Vom 27. bis 31. Oktober soll im Convention Centre des birmanischen Yangon die erste Technologiemesse in der „Union Myanmar“ mit Ausstellern

Wieder volle Sozialhilfe!?

Kürzungen für Bosnien-Flüchtlinge rechtswidrig

Lüneburg/Aurich. Der Erlass des Niedersächsischen Innenministeriums vom 26.9.96, ab 1.11.96 allen Flüchtlingen aus Bosnien und Restjugoslawien nur noch verkürzte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Reduzierung der Sozialhilfe um 20 Prozent / Umstellung von Bargeld auf Gutscheine) auszuzahlen, ist rechtswidrig. Nachdem bereits zahlreiche Verwaltungsgerichte den Klagen von betroffenen Flüchtlingen rechtgegeben haben, hat nun auch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg als für Niedersachsen maßgebende höchste Instanz eindeutig festgestellt, daß Flüchtlingen, die eine Duldung erhalten haben, volle Sozialhilfe ausgezahlt werden muß. Der Hinweis darauf, daß die Flüchtlinge in der Lage seien, freiwillig auszureisen, ist nach dem Lüneburger Richterspruch für die Bemessung der Leistungen irrelevant.

Nur wenn Flüchtlingen ein individuelles Fehlverhalten nachgewiesen werden kann, mit dem eine Abschiebung verhindert werden sei (z.B. Verbrennen der Ausweispapiere, Falschangaben etc.) könnten die Leistungen vermindert werden.

Am 18.12.96 gab das OVG Lüneburg einem klagenden Flüchtling aus Restjugoslawien recht (4M5146/96). Am 20.1.97 gab es einen ähnlichen Beschluß im Falle eines Flüchtlings aus Bosnien (AK4M7062/96). Bereits am 21.11.96 hatte das OVG mit gleicher Argumentation einem Flüchtlings aus Vietnam recht gegeben (AK4M 4027/96).

Trotz dieser eindeutigen Richtersprüche hat das Innenministerium seinen Erlass bisher noch nicht zurückgenommen. Man spekuliert darauf, daß nur wenige der insgesamt 19.000 bosnischen Flüchtlinge in Niedersachsen klagen werden.

Die Zwickmühle zwischen bindendem Erlass des Innenministeriums einerseits und den Beschlüssen des OVG Lüneburg andererseits besteht nun allerdings für die Landkreise und kreisfreien Städte seit dem 15. Januar nicht mehr. In einem Brief der Bezirksregierung Weser-Ems vom 15.1.97 an die Landkreise und kreisfreien Städte im Regierungsbezirk

Keine Abschiebungen!

München. Derzeit finden wöchentlich in München Mahnwachen gegen die erneut drohenden Abschiebungen nach Bosnien und in die Republik Jugoslawien statt. Kurz vor Weihnachten hatte bereits eine Reihe von Organisationen Innenminister Beckstein einen offenen Brief übergeben, in dem es u.a. heißt: „Diese Abschiebungen sind ein politisch unverantwortlicher Verstoß gegen das Menschenrecht der Betroffenen und tragen bei zu neuer Kriegsgefahr auf dem Balkan. Wir fordern vor allem: • Keine Abschiebungen in die Länder des ehemaligen Jugoslawien; • Freiwillige Rückkehr bei Wahrung der Würde und Sicherheit der Menschen, so wie es im Abkommen von Dayton festgelegt wurde; • Gesicherter Aufenthalt und Arbeitserlaubnis für alle Betroffenen, so lange sie hier sind; • Unterstützung der antinationalistischen, demokratischen und verständigungsbereiten Kräfte im ehemaligen Jugoslawien; • Förderprogramme für den Wiederaufbau und für die freiwillige Rückkehr.“

heißt es wörtlich: „In Anbetracht der Vielzahl der z.Zt. anhängigen gerichtlichen Eilverfahren und zur Vermeidung unnötiger Verfahrenskosten stelle ich es Ihnen jedoch frei, bis zum Vorliegen einer klärenden Entscheidung des OVG Lüneburg abweichend von den Erlassen des Niedersächsischen Innenministeriums zu verfahren.“

Der Landkreis Aurich hat diese Möglichkeit bereits genutzt und wird ab dem 1. Februar dem betreffenden Personenkreis wieder die volle Sozialhilfe auszahlen. Es ist davon auszugehen, daß die anderen drei Bezirksregierungen ähnliche Schreiben verschickt haben. Und es bleibt zu hoffen, daß möglichst viele Landkreise und kreisfreie Städte dem Auricher Beispiel folgen werden.

aus PE vom 22.1.97, Th. H., Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Kreistages, Aurich

rechte verletzen, Geschäftsbeziehungen bestanden, bestehen oder vorgesehen sind.“

In ihrer Begründung heißt es u.a.: „Es ist unerträglich, daß die Münchner Messegesellschaft - in Zusammenarbeit mit anderen bundesdeutschen Firmen und Institutionen - dieses weltweit geächtete Regime durch eine gemeinsame Veranstaltung aufwerten will. Es war ja gerade die internationale Boykottaltung, die beispielsweise zu einer Lockerung der Haftbedingungen von Aung San Suu Kyi geführt hat. Seit knapp einem halben Jahr gab es eine leichte Verbesserung für die Arbeitsbedingungen der Opposition. Diese würden aber jetzt durch eine Lockerung der Boykottmaßnahmen gefährdet. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Messe München die gemeinsame Aktivität absagt.“

aus: Münchner Lokalberichte

Stadttag kritisiert Visumspflicht für Ausländerkinder

Stuttgart. Der Stadtag Baden-Württemberg wendet sich gegen die Verordnung von Bundesinnenminister Kanther, nach der in Deutschland lebende Kinder ausländischer Familien

unter 16 Jahren bis Ende 1997 eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen müssen. Der Stadtag nennt sie „integrationspolitisch fragwürdig“ und kritisiert auch den hohen Verwaltungsaufwand. Diese Vorschrift gilt nur für Kinder aus Nicht-EU-Staaten und betrifft in Baden-Württemberg 40.000 Kinder, allein in Stuttgart und Mannheim jeweils 14.000.

Leider kritisiert der Stadtag die Verpflichtung zur Aufenthaltsgenehmigung für einreisende ausländische Kinder nicht. Er argumentiert, die unbegleiteten einreisenden jungen Flüchtlinge verursachen hohe Sozialhilfekosten, und den Schlepperbanden müsse Einhalt geboten werden. Dabei hat Amnesty erst im November angeprangert, daß in der Türkei immer häufiger auch (kurdische und türkische) Kinder in Polizeihaft mißhandelt und gefoltert werden oder verschwinden.

ulk

Gustav Landauer geehrt

München: 78 Jahre nach seiner bestialischen Ermordung erhielt Gustav Landauer, in der ersten Räteregierung im April 1919 eine Woche lang bayerischer Volksbeauftragter für Volksaufklärung,

40 Pfennig am Tag von Bosch

VVN/BdA: Zwangsarbeit muß entschädigt werden

Stuttgart. Am Morgen des 27. Januars verteilten Mitglieder der VVN teilweise in Zusammenarbeit mit Vertrauensleuten der IG Metall vor den Toren mehrerer Boschwerke in Stuttgart, Schwieberdingen und Reutlingen Flugblätter. Wir dokumentieren.

Der 27. Januar ist im vergangenen Jahr von Bundespräsident Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt worden. Es ist der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee.

Was hat Bosch damit zu tun? Auch bei Bosch gab es Opfer im Nationalsozialismus. Zwangsarbeiter, die für 40 Pf. am Tag Anker wickeln mußten, 12 Stunden am Tag, sechs - teilweise sieben - Tage in der Woche.

„Ich war der billigste Arbeiter für die Firma Bosch. Doch in der Frage einer Entschädigung war die Firma eisern ablehnend“, erzählt Alfred Hauser, heute 84 Jahre alt. In den Strafanstalten Ludwigsburg und Celle war er politischer Gefangener und hat von 1938 bis 1945 Anker für Bosch gewickelt.

Während des zweiten Weltkriegs waren zahlreiche Zwangsarbeiter aus dem In- und Ausland in den verschiedenen Werkstätten von Bosch eingesetzt. Auf die Aufforderung nach Wiedergutmachung antwortete die Geschäftsführung lapidar, Bosch habe auf Weisung staatlicher Stellen Zwangsarbeiter nehmen müssen. Die Zuweisung erfolgte aber durch das Arbeitsamt nach vorausgegangener Anforderung durch die Firmen. Wiedergutmachung für die unwürdigen Arbeitsbedingungen und den vorenthaltenen Lohn - das stünde einem Millionenkonzern wie Bosch gut an!

Normaler Lohn 1938 tatsächlicher gezahlter Lohn

1 Tag	25,00 RM	0,40 RM
6 Tage	150,00 RM	2,40 RM
52 Wochen	7.800,00 RM	124,80 RM
7 Jahre	54.600,00 RM	-873,60 RM
		= 53.726,40 RM



also Kultusminister, eine allgemein sichtbare Ehrengabe. Die Landeshauptstadt wählte angesichts der Tatsache, daß der Sozialist, Schriftsteller, Vor-

tragsreisende und Lebensreformer Landauer auch als Übersetzer der Werke von Shakespeare, Georg Bernhard Shaw und Oscar Wilde hervorgetreten ist, das städtische Fremdspracheninstitut in der Amalienstraße 36, als geeigneten Ort für ihre Gedenktafel.

aus: Lokalberichte München

Der Sturm des Kirchenasyls entbehrt aller demokratischen Grundsätzen

Wiesbaden. Am Mittwoch, den 29. Januar, brachen Polizeibeamte in Coesfeld

DER FÜHRER

Ich verleihe auf Danksagung des Reichsorganisationsleiters der NSDAP und Leiters der Deutschen Arbeitsfront dem Betrieb

Robert Bosch GmbH.

heute am Nationalfeiertag des Deutschen Reichs die Befreiung

NATIONALSOZIALISTISCHER MUSTERBETRIEB

Die Auszeichnung erfolgt auf Grund von Verdiensten im Sinne meiner Verfügung vom 29. August 1936 über nationalsozialistische Musterbetriebe. Mit der Übereichung dieser Urkunde erhält die Betriebsgemeinschaft das Recht, die Flagge der Deutschen Arbeitsfront mit goldenem Rand und goldenen Fransen zu führen.

Bosch, den 1. Mai 1942

schuldet Bosch nach diesem Beispiel einem Zwangsarbeiter. Nach der Währungsreform sind das 10.745,28 DM. Einschließlich 4 % Zinsen in 50 Jahren sind das ganz grob gerechnet noch einmal 20.000 DM, macht in Summe 30.000 DM pro ZwangsarbeiterIn.

Ein Konzern, dem die Belegschaft seit über 10 Jahren jährlich durchschnittlich 500 Mio. DM Nettogewinn nach Steuern erarbeitet, also 5 Milliarden DM, stünde es gut an, wenigstens eine moralische Schuld abzutragen. Würde nur 1000 Zwangsarbeitern ihr Verlust ersetzt, wären das 30 Millionen DM. Eine Summe, die Bosch heute in Anerkennung der moralischen Schuld, durchaus für Gedenkstätten oder andere antifaschistische Arbeit zur Verfügung stellen könnte.

Die Börsenzeitung vom 11. Mai 1996 schreibt zu Bosch: Die Verabschuldung ist unbedeutend, das Zinsergebnis ist beinahe so hoch wie der Jahresüberschuß, und die Kassenlage wird durch eine Liquidität von fast 10 Mrd. DM charakterisiert.

das Kirchenasyl, um eine kurdische Familie abschieben zu können. Obwohl die Aktion rechtsstaatlich nicht zu beanstanden ist, da ein ordnungsgemäßer Durchsuchungsbeschluß vorlag, ist die gemeinsame Aktion von Gericht, Ausländerbehörde und Polizei ein Schlag gegen die Demokratie in Deutschland. Die Türkei ist ein Folterstaat und insbesondere abgeschiedene Kurden sind Gefahr der Folter ausgesetzt. Trotzdem scheuen sich unmenschlich handelnde RichterInnen und Beamten nicht, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit als Handlanger einer fremdenfeindlichen und menschenunwürdigen Politik zu funktionieren.

Die freie Religionsausübung ist grundgesetzlich ebenso geschützt wie die Gewissensfreiheit. Daraus läßt sich ein besonderer Schutz für die Kirchen und Kirchengemeinden ableiten. Der kirchliche Schutz einer Flüchtlingsfamilie geschieht nicht zuletzt aufgrund des Glaubens und des Gewissens. Deshalb darf der Staat zur Durchsetzung einer Abschiebung das Kirchenasyl nicht verletzen. Ein weiterer Schritt in die Undemokratische Deutsche Republik ist vollendet.

Jürgen Körrell, Sprecher der BAG Kritische PolizistInnen.

Solidaritätskomitee fordert auf, sich bei dem Vorsitzenden des 4. Strafseminats des Berliner Kammergerichts, Dr. Nöldeke, für das Leben und die Gesundheit von Benjamin Ramos Vega einzusetzen.

**Solidaritätskomitee für Benjamin Ramos Vega,
Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin
Fax (0 30) 2 51 85 39**

**an Herrn Dr. Werner Nöldeke,
Vorsitzender des 4. Strafseminats
des Berliner Kammergerichts,
Witzlebenstr. 4-5, 14057 Berlin
Fax (0 30) 32 092 266**

**Sehr geehrter Herr Dr. Nöldeke,
wir wenden uns mit diesem Offenen
Brief an Sie, weil wir der Meinung sind,
daß Sie weiterhin für das Leben und die
Gesundheit von Benjamin Ramos Vega
verantwortlich sind.**

Benjamin Ramos Vega hatte vom 28. Januar 1995 bis zu seiner Auslieferung an den spanischen Staat am 5. Juni 1996 in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft gesessen. Er soll das Kommando Barcelona der baskischen Befreiungsbewegung ETA durch Anmieten einer Wohnung unterstützt haben.

Sie, Herr Dr. Nöldeke, haben als Vorsitzender Richter des 4. Strafseminats des Kammergerichts Berlin mit Beschuß vom 13. Oktober 1995 seine Auslieferung von Zusicherungen des spanischen Staates abhängig gemacht. U.a. haben Sie gefordert, daß der Verfolgte ... „die Untersuchungshaft ohne Isolation verbüßen muß“ und daß „es dem Verfolgten nach seiner Auslieferung gestattet werden soll, die Rechte eines normalen Untersuchungsgefangenen wahrzunehmen ...“ Ferner soll für Benjamin Ramos Vega, der HIV-positiv ist, eine „sachgerechte medizinische Behandlung der Erkrankung ... gewährleistet sein“. Sie haben mit Beschuß vom 27. Dezember 1995 die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega für rechtlich zulässig erklärt, obwohl Sie von der Verteidigung während des Auslieferungsverfahrens eindringlich darauf hingewiesen wurden, daß in dem von spanischer Seite eingereichten Aide Mémoire die erbetenen Zusicherungen im wesentlichen nicht erteilt wurden. Die Verteidigung hat Sie auch mehrfach ... darauf aufmerksam gemacht, daß „die gesundheitliche Versorgung für den Personenkreis der HIV-Positiven, zu dem der Verfolgte gehört, in spanischen Gefängnissen mehr als unzureichend ist“ ... Diese allgemeinen Zustände in den spanischen Gefängnissen sind von der Verteidigung hinreichend belegt worden, u.a. durch ein Urteil des Landgerichts Kleve, das durch einen erschütternden Bericht über die Verhältnisse in spanischen Gefängnissen dazu veranlaßt wurde, einen Tag Auslieferungshaft in Spanien auf drei Tage hier zu verbüßender Freiheitsstrafe anzurechnen ...

Wir ... haben am 20. Dezember 1996 Benjamin Ramos Vega im Gefängnis von Alcála Meco ... besucht. ... Wir mußten mit Befremden feststellen, daß weder Sie, Herr Dr. Nöldeke, noch die deutsche Botschaft noch irgendeine andere offizielle Stelle ... sich bisher überhaupt in irgendeiner Weise über die Situation von Benjamin Ramos Vega informiert hat. Wir fragen Sie: Welchen Wert haben Zusicherungen, wenn niemand ihre Einhaltung prüft?

Direkt nach seiner Auslieferung wurde Benjamin Ramos Vega im Gefängnis von Carabanchel in der Nähe von Madrid inhaftiert. Dort wurde er auf die Krankenstation verlegt, zusammen mit Gefangenen, die an ansteckenden Infektionskrankheiten wie z.B. Tuberkulose litten, daneben Drogenabhängige auf Entzug oder im Kampf gegen die „Abstinenz“. Benjamin Ramos Vega erhielt dort keine Diät, obwohl diese ärztlich verordnet worden war; ebenso wenig ein homöopathisches Präparat, das er vor seiner Festnahme eingenommen hatte. Da die Krankenstation von Carabanchel völlig überfüllt ist, wird Benjamin Ramos Vega am 2. Juli 1996 dort heraus verlegt und isoliert. Erst auf seinen Protest hin wurde die Isolation am 6. Juli aufgehoben. Am 17. Juli erhielt er – nachdem er mit Hungerstreik gedroht hatte – seine Diät. Zehn Tage später wurde er in das Gefängnis von Alcála Meco verlegt, wo ihm wiederum die Diät vorenthalten wurde. Erst Mitte August erhielt er sie. In Alcála Meco sind die hygienischen und sanitären Bedingungen derart schlecht, daß ab Oktober dort Tuberkulose in einem solchen Ausmaß grassierte, daß die warmen Gemeinschaftsduschen abgestellt werden mußten, um eine weitere Ausbreitung der Infektionskrankheit zu verhindern. Eine ärztliche Untersuchung im Herbst ergab, daß die Anzahl der T4-Helferzellen, die ein Maßstab für die Abwehrkräfte von Benjamin Ramos Vega sind und die vor seiner Festnahme bei 400 im Normalbereich lagen, mittlerweile auf 190 gefallen sind!!!

Dringender Aufruf für das Leben und die Gesundheit von Benjamin Ramos Vega!

Dazu Benjamin Ramos Vega: „Man hätte mich nicht isolieren dürfen, und wenn die grundlegenden hygienischen Bedingungen akzeptabel gewesen wären, wären meine Blutwerte in den letzten fünf Monaten nicht in dieses kritische Stadium gefallen.... Das heißt, ich befindet mich in einem Zustand, in dem sich „opportunistische Krankheiten“ leicht entwickeln können.“

In Alcála Meco ist Benjamin Ramos Vega, obwohl formal Untersuchungshäftling, in der Strafhaftabteilung inhaftiert. ... Er ist u.a. zusammen mit Drogenabhängigen inhaftiert, bei denen die Gefahr von Infektionskrankheiten und damit die Ansteckungsgefahr für Benjamin Ramos Vega erwiesenermaßen besonders hoch ist ...

Die Haftsituation von Benjamin Ramos Vega ist also genau so schlecht, wie es Ihnen die Verteidigung in Berlin vorausgesagt hat. ... Das hat zu einer dramatischen Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Benjamin Ramos Vega geführt. Es besteht Lebensgefahr! Wir sind der Meinung, daß er inzwischen haftunfähig ist.

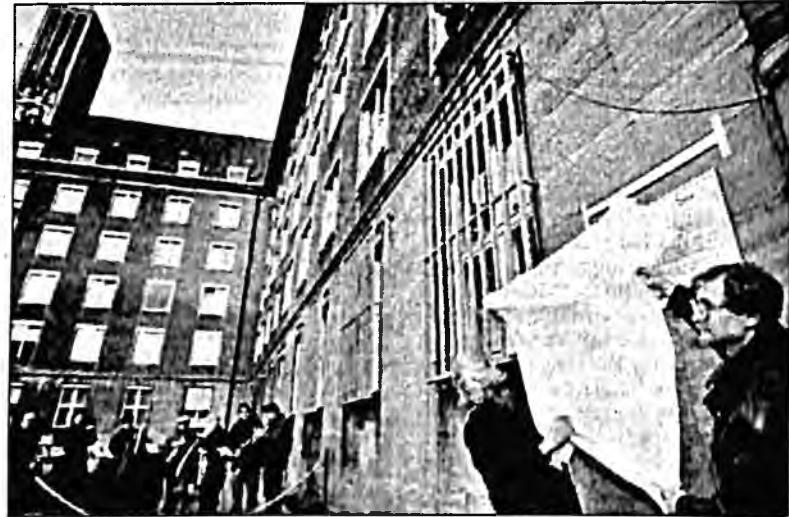
Wie Sie, Herr Dr. Nöldeke, aus dem Antrag der Verteidigung vom 4. Dezember 1995 wissen, sind 1994 183 Personen mit AIDS in spanischen Gefängnissen verstorben, von denen 100 einen Antrag auf vorzeitige Entlassung gemäß Artikel 60 der Haftordnung gestellt haben, aber aufgrund der Bearbeitungszeiten von durchschnittlich sieben Monaten die Entscheidung über ihren Entlassungsantrag nicht mehr erlebt haben. Ferner hat die Verteidigung Sie schon im Antrag vom 20. September 1995 darauf hingewiesen, daß in Spanien überlange Untersuchungshaftzeiten gang und gäbe sind, was auch schon vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kritisiert worden ist. Benjamin Ramos Vega ist jetzt bereits fast zwei Jahre in Haft, davon sieben Monate in Spanien, und für einen Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega gibt es immer noch keinen Termin ... Wir erwarten von Ihnen, Herr Dr. Nöldeke, daß Sie sich als der für die Auslieferung Verantwortli-

che persönlich für die Haftsituation von Benjamin Ramos Vega und die Einhaltung der von Ihnen selbst geforderten Garantien einsetzen. Wir erwarten, daß das wegen der kritischen Gesundheitssituation von Benjamin Ramos Vega sofort und in aller Intensität geschieht.

Wir weisen Sie darauf hin, daß wir die-

sen Brief mit gleicher Post der spanischen und deutschen Öffentlichkeit, Mitgliedern der Parlamente und internationalen Menschenrechtsorganisationen zur Kenntnisnahme zusenden.

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega aus Platzgründen geringf. gekürzt, d. Red.)



Gleich zwei mal ist in Berlin in den letzten Tagen durch Gedenktafeln und Straßennamen dem rechten Senat und seinem „Hauptstadtputz“ entgeggetreten worden. Am Rathaus Tiergarten wurde am 27. Januar eine Gedenktafel für Mathilde Jacob angebracht (unser Bild). Mathilde Jacob, 1873 als Kind eines jüdischen Fleischhändlers geboren, war Vertraute von Rosa Luxemburg, die sie 1913 kennengelernt. Sie wurde 1943 in einem KZ ermordet. Zwei Tage später lehnte das Oberverwaltungsgericht eine Anwohnerklage gegen eine Straßennamenbenennung endgültig ab. Damit kann die von den Faschisten benannte „Reichssportfeldstraße“ in Charlottenburg endlich nach zwei im KZ ermordeten deutsch-jüdischen Sportlern in „Flatowstraße“ umbenannt werden. (rül)

BMW-Vertrauensleute unterstützen koreanische Arbeiter

Mit dem folgendem Protestschreiben reagierten die IGM-Vertrauensleute bei BMW in Berlin am 15. Januar auf die anhaltenden Streiks und die Angriffe auf die Arbeiterbewegung in Südkorea:

An den Präsidenten Kim Young-Sam!
An den Justizminister!

Die Vertrauenskörperleitung des BMW-Motorradwerkes in Berlin protestiert gegen die Polizeieinsätze gegen die Arbeiterbewegung dieser Tage und gegen die Verhaftung der Gewerkschafter/innen, die in dieser Bewegung engagiert sind.

Wir fordern:

- die Rücknahme des Arbeitsgesetzes, welches gegenüber der Gewerkschaftsbewegung und den Arbeitern in Ihrem Land als Provokation erscheint,
- die unverzügliche Anerkennung des KCTU sowie seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Des weiteren fordern wir die Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter/innen.

(aus: CL-Netz)

meldet war. Rechtsanwalt Roscher, Mitglied der Tempelhofer FDP, gehört dem national-liberalen Spektrum um den früheren Generalbundesanwalt Alexander von Stahl an. Der FDP-Landesverband distanzierte sich von dieser Veranstaltung, daraufhin sah das Bezirksamt sich getäuscht und kündigte den Raum.

Gerichtliche Klagen des Veranstalters bis zum Oberverwaltungsgericht blieben erfolglos. So machten sich ca. 50 Rechte vergebens auf den Weg zum Charlottenburger Rathaus. Unter ihnen war unter anderem Dieter Stein, Herausgeber und Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, oder Aurel Archner, ein stadtbekannter Nazi, der letztes Jahr wegen seiner Gesinnung aus der „Freiwilligen Polizeireserve“ in Berlin geflohen ist.

Empfangen wurden sie von TeilnehmerInnen einer Kundgebung, die die ÖTV-Betriebsgruppe vor dem Rathaus angemeldet hatte.

Daß die Nationalliberalen eine Veranstaltung mit Mechtersheimer durchführen wollten, zeigt deren Ambivalenz in die extreme Rechte. Mechtersheimer, ehemals Mitglied der CSU und dann der Grünen, ist zum offenen Rassisten und Revisionisten mutiert.

Auf einer Tagung des „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD) spricht er in der „Kyffhäuser-Rede“ von der „Bedrohung des deutschen Volkes“ durch „unkontrollierte Zuwanderung, die die Solidargemeinschaft auflöst“ und träumt von einem „deutschen Block, der sich bis Kroatien ausdehnt“.

Bei seiner Propaganda benutzt er antisemitische Hetze: Die „Vernichtung der D-Mark durch die Verträge von Maastricht“ sei eine „späte Rache der Siegermächte einschließlich Israels“. (hgal)

Nationalliberale Veranstaltung mit Mechtersheimer geplatzt

Berlin. Aus der „Jungen Freiheit“ war zu erfahren, daß am 24. Januar eine Veranstaltung mit Mechtersheimer im Berliner Rathaus Charlottenburg stattfinden sollte. Titel der Veranstaltung sollte sein: „Braucht Deutschland eine nationale Partei?“. Aber daraus wurde nichts!

Erkundigungen ergaben, daß die Veranstaltung von Markus Roscher im Namen des FDP-Landesverbandes ange-

Schandfleck Berufsverbote – Unrecht von Anfang an

25 Jahre „Radikalenerlaß“ Horst Bethge, Initiative „Weg mit den Berufsverbote“

An den 28. Januar 1972, den Tag, an dem der damalige Bundeskanzler Brandt und die Ministerpräsidenten aller damaligen Bundesländer den gemeinsamen Beschuß faßten (Ministerpräsidentenbeschuß), sogenannte „Radikale“ vom öffentlichen Dienst fernzuhalten oder aus ihm zu entlassen, erinnert der Hamburger Lehrer Horst Bethge von der Initiative „Weg mit den Berufsverbote“:

Vor 25 Jahren wurde der sogenannte „Radikalenerlaß“ geboren. Eines der finsternsten Kapitel der bundesdeutschen Politik begann im Geiste des „kalten Krieges“ – und ist bis heute nicht abgeschlossen. H. Wehner sollte Recht behalten. Die Berufsverbote sind ein „Dauerbrenner“ geworden. Damals wurde beschlossen, daß die Grund- und Menschenrechte fortan in der BRD nicht mehr für alle Mitbürger gelten sollten. Drei Jahre später segnete sogar das Bundesverfassungsgericht diesen Völkerrechtsverstoß mit seinem berühmt gewordenen und von dem Nazi-Juristen Geiger konzipierten Beschuß als mit dem Grundgesetz vereinbar ab. Zwar erhob sich von Anfang an bedeutsamer Protest im Inland – seit Ende der 70er Jahre auch im Ausland –, doch die herrschende Klasse in der BRD meinte, sich über die international eingegangenen Menschenrechtsverpflichtungen hinwegsetzen zu können ... Es bedurfte eines 23jährigen zähen Kampfes vor Verwaltungs- und Arbeitsgerichten, mit massenhaften Demonstrationen, mit Eingaben, Unterschriftensammlungen und Anzeigen in der Presse, unzähligen

Protestveranstaltungen im In- und Ausland, Briefen und Dokumentationen, Presseerklärungen und FernsehSendungen, Theater-, Kabarett- und Musikaufführungen, Karikaturen und solidarischen Geldsammelungen, parlamentarischer Anfragen und Parlamentsdebatten, Partei- und Gewerkschaftsdelegiertenkonferenzen, Gutachten und Doktorarbeiten sowie Predigten von Kirchenkanzeln, um der Bundesregierung, dem Bundesverfassungsgericht und den Landesregierungen verbindlich durch ein Verfahren bei der ILO (IAO), der UNO-Arbeitsorganisation, und ein Urteil des „Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte“ in Straßburg zu bescheinigen, daß nicht die Betroffenen, sondern „die da oben“, die Bundesregierung, die Grund- und Menschenrechte verletzen und daß der bei den Betroffenen angerichtete materielle Schaden wiedergutmacht werden müsse. Im letzten Sommer wurde die erste Betroffene, Dorothea Vogt, nach 15jähriger Auseinandersetzung um ihr Berufsverbot materiell entschädigt. Der politische Schaden jedoch ist nicht wiedergutmacht worden. Die Bundesregierung und alle Landesregierungen der alten Bundesländer weigern sich beharrlich bis heute, von sich aus alle rund 11.000 Fälle von Berufsverbot wieder aufzurollen und sie als Unrecht von Anfang an zu bezeichnen. Auf eine Anfrage der PDS im Bundestag hin erklärte die Bundesregierung, daß es sich bei Dorothea Vogt um einen Einzelfall handele und keine Veranlassung zum Handeln gegeben sei.

Zwar hat nur Dorothea Vogt das 14

Jahre dauernde Verfahren bis zum Straßburger Menschenrechtsgerichtshof zu Ende geführt, gestützt auf Initiativen, KollegInnen, ihre Gewerkschaft und eine kritische Öffentlichkeit. Doch sind von den 3,5 Millionen Überprüfungen im öffentlichen Dienst seit 1971 35.000 Dossiers mit gesinnungspolizeilich erspitzelten Erkenntnissen angefallen und haben zu 11.000 Berufsverboteverfahren in der alten BRD geführt. Davon sind 80% zwar im Laufe des Verfahrens positiv für die Betroffenen, z.T. nach Jahren, ausgegangen. Aber muß nicht auf ihr Kampf, ihr materielles Opfer entschädigt werden, lagen ihnen doch dieselben Vorwürfe zugrunde wie bei Dorothea Vogt, nämlich Aktivitäten und/oder Kandidatur für als verfassungsfeindlich angesehene Parteien und Organisationen? Immerhin kam es zu 1.250 endgültigen Ablehnungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst, zu 2.200 Disziplinarverfahren und 256 Entlassungen. Wie sieht es mit deren Rehabilitierung und Wiedergutmachung aus? ... Die Bundesregierung wird nur

dann glaubwürdig, wenn sie allen 18 Mio. Bundesbürgern, deren Daten sich im NADIS-Computer in Köln befinden, Akteneinsicht gibt, die Praxis der Berufsverbote offiziell für beendet erklärt und Wiedergutmachung betreibt.

Das tut sie aber nicht, noch nicht.

Es bedarf offensichtlich weiterhin einer kritischen, liberalen und breiten Öffentlichkeit, dies einzufordern...

Es bleibt, die politische Umkehr zu fordern: Beendigung der Bespitzelung in der BRD, ersatzlose Aufgabe der Berufsverbotepolitik, Rehabilitierung der Betroffenen. Offensichtlich muß die demokratische Öffentlichkeit im In- und Ausland weiterbohren, die Dickfelligkeit der politischen Klasse der BRD zu beseitigen: Die Menschenrechte gelten ungeteilt für alle! Zahlreiche Betroffene und ihre Anwälte haben von sich aus eine Wiederaufnahme ihrer Verfahren beantragt, um rehabilitiert zu werden. Nur, die Öffentlichkeit muß mitbohren. Der Einsatz für die Rechte des Bürgers, der anders denkt als ich, lohnt sich. Und wenn es 25 Jahre dauert.



1. Mai 1996 in Heidelberg

Drucktarif: IG Medien beginnt mit Warnstreiks

„Wir sehen einen Angriff auf über Generationen hinweg erkämpften Rechte und das Tarifvertragssystem“

In verschiedenen Landesbezirken hat die IG Medien Warnstreiks gegen den Arbeitgeberverband Druckindustrie begonnen.

Seit dem 1. Januar gilt der Manteltarifvertrag in seiner Weitergeltung und einzelne Arbeitgeber haben bereits verkündet, daß sie sich nicht mehr daran halten wollen. Vor zwei Wochen sind die Manteltarifverhandlungen erneut ergebnislos vertagt worden. Der Bundesverband Druck will für die Weitergeltung der 100-Prozent-Lohnfortzahlung mehr Zugeständnisse durchsetzen als in den anderen Branchen. „Wir müssen uns endlich wieder wehren“, beschloß die Tarifkommission am 22. Januar, „ab 3. Februar müssen die Arbeitgeber spüren, daß unsere Geduld am Ende ist.“ Sollte die nächste Verhandlung wieder ergebnislos bleiben, soll die Urabstimmung eingeleitet werden. Inzwischen machen auch die Belegschaften und aktiven Mitglieder mobil.

Ein Signal an die Unternehmer der Druckindustrie

Seit Januar haben im ganzen Bundesgebiet die Betriebsräte in der Druckindustrie Unterschriften unter eine gemeinsame Erklärung „Ein Signal an die Unternehmer der Druckindustrie“ gesammelt. Darin heißt es:

„Wir kämpfen für das, was wir haben ... Die Druckunternehmer und Zei-

tungsverleger wollen nicht nur tarifvertragliche Leistungen kürzen, sondern den Tarifvertrag lediglich als ‚allgemeinen Rahmen‘ anerkennen. Der Tarifvertrag würde damit seine Verbindlichkeit und Unabdingbarkeit verlieren.

Der heute schon in einzelnen Betrieben vollzogene Tarif- und Rechtsbruch soll morgen allgemein gültig werden.

Wir sehen darin einen Angriff auf unsere über Generationen hinweg erkämpften Rechte und auf das Tarifvertragssystem insgesamt. Ab 1. Januar gilt der Tarifvertrag in seiner Nachwirkung. Einzelne Arbeitgeber haben bereits angekündigt, ab Januar tarifvertragliche Bestimmungen zu unterlaufen.

• Wir geben uns zu Verhandlungen oder betrieblichen Vereinbarungen abweichend vom Tarifvertrag nicht her.

• Wir fordern die Beschäftigten auf, nicht auf tarifliche Rechte zu verzichten.

• Wir werden gemeinsam mit der IG Medien für den Erhalt unserer Tarifverträge streiken, sollten die Arbeitgeber der Druckindustrie und des Verlagsgewerbes ab Januar versuchen, tarifvertragliche Rechte zu unterlaufen.

• Wir fordern alle nichtorganisierten Beschäftigten der Druckindustrie und des Verlagsgewerbes auf, Mitglied der IG Medien zu werden.

Denn nur gemeinsam können wir unsere Rechte verteidigen.“

– (ulk)

Gegen Benachteiligung von Behinderten

In einer gemeinsamen Erklärung haben Behindertenverbände und Gewerkschaften am 23. Januar gegen die systematische Verschlechterung der Situation von Behinderten protestiert:

1994 wurde der Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ als Grundrecht der Behinderten in das Grundgesetz aufgenommen. Die tatsächlichen Hindernisse für die gleichberechtigte Teilhabe Behindeter in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aber bestehen fort. Mit über 16 Prozent ist die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter um 60 Prozent höher als die für die Erwerbsbevölkerung insgesamt geltende Quote. Mehrere hunderttausend Menschen sind nur deswegen arm und auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie chronisch krank sind...

Die Bundesregierung aber leitet weitere Verschlechterungen der Rechtslage von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten durch ganze Bündel gesetzgeberischer Maßnahmen ein: Der Schutz Älterer und gesundheitlich Beeinträchtigter bei betriebsbedingten Kündigungen wird abgebaut; gleichzeitig werden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung drastisch gekürzt und die Altersgrenzen in der Rentenversicherung heraufgesetzt. Durch die Verschärfung der Voraussetzungen für Erwerbsunfähigkeitsrenten wird für viele Betroffene der Weg in die Arbeits-

losenhilfe auf Sozialhilfenebene vorprogrammiert. Der Anspruch auf Rehabilitation wird auf immer kleinere Personengruppen eingeschränkt. Der Abbau der Rechte Erkrankter – Kürzung der Lohnfortzahlung, kürzere und teurere Kuren durch Urlaubsanrechnung und Eigenbeteiligung, höhere Selbstbeteiligung bei Medikamenten und bei Heilmitteln und die Umwandlung der rehabilitativen Leistungen von Pflicht – in Gestaltungs-(Kann-)leistungen – trifft die chronisch Kranken besonders hart.

Die Bundesregierung meidet die Diskussion des Gesamtzusammenhangs ihrer Maßnahmen zur Absenkung des sozialen Schutzes zur Entsolidarisierung der Lebensrisiken. Sie führt Detailverschlechterungen in immer neuen Entwürfen von Einzelgesetzen durch, die oft noch im Gesetzgebungsverfahren verschärft werden. Die Gesamtwirkungen werden bewußt verborgen ...

Es wird in erschreckender Weise deutlich, daß die fiskalischen Probleme des Bundes durch Leistungseinschränkungen vor allem zu Lasten der älteren und der behinderten Menschen gelöst werden sollen. So wird von Staats wegen eine große Gruppe von gesellschaftlich Ausgeschlossenen geschaffen, deren gesundheitlich bedingte und vom Arbeitsmarkt hervorgerufene Benachteiligungen zusätzlich arbeits- und sozialrechtlich verstärkt werden. Damit geschieht genau das Gegenteil von dem, was Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes gebietet: Benachteiligungen werden rechtlich verstärkt statt ausgeglichen.

Wir protestieren auf das Schärfste im Namen der von uns vertretenen behinderten Menschen gegen diese Politik ...

Unterzeichner: BAGH, BDH, DAG, Reichsbund, VdK, DGB

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN



Solidarität mit den Liverpooler Hafenarbeitern!

Rund 50 Menschen demonstrierten mit dem Transparent „Stoppt die Schiffe nach Liverpool“ am 20.1. im Hamburger Hafen bei Eurokai und beteiligten sich so am internationalen Aktionstag zur Solidarität mit dem Kampf der Liverpooler Hafenarbeiter. Zum Schichtwechsel wurde die Firma „Eurokai“ besucht, mit den Beschäftigten Gespräche gesucht und Info-Blätter verteilt. Interessanterweise zeigen mehr Kollegen, als wohl dem Betriebsrat bekannt sind, Interesse – auch praktisch neben der Geldsammlung – die Liverpooler Hafenarbeiter zu unterstützen. Es kann nur gehofft werden, daß dieser jetzt ein wenig „in Bewegung“ kommt.

Die ÖTV-Vertrauensleute bei der Gerd-Buss-Gruppe im Hamburger Hafen sammelten auf ihrem Treffen am 23.1.1997 234,50 DM zur Unterstützung ihrer Liverpooler Kollegen.

Auf Initiative der AG Betrieb + Gewerkschaft erklärten die Delegierten des PDS-Parteitages in Schwerin (17.-19.1.) ihre Solidarität mit dem 16monatigen Streik der Liverpooler Docker. Internationale Solidarität sei nötig, da die Feinde der Gewerkschaft keine nationalen Grenzen anerkennen. Die AG Betrieb und Gewerkschaft konnte auf dem Parteitag den stolzen Betrag von 4.516,04 DM sammeln und auf das Solidaritätskonto bei der IG Medien überweisen.

Insgesamt sind bisher in der BRD über 25.000 DM für die Streikenden gesammelt worden.

Das Spendenkonto bei der IG Medien, Ortsverein Hamburg:
Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 200
101 11, Kto-Nr. 12 900 231 00, Stichwort
Flying Picket.
(aus Lokalberichte Hamburg)

Vertrauensleute von BMW Berlin unterstützen koreanische Arbeiter

An den Präsidenten Kim Young-San!
An den Justizminister!

Die Vertrauenskörperleitung des BMW-Motorradwerkes protestiert gegen die Polizeieinsätze gegen die Arbeiterbewegung dieser Tage und gegen die Verhaftung der Gewerkschafter/innen, die in dieser Bewegung engagiert sind.

Wir fordern:
• die Rücknahme des Arbeitsgesetzes, welches gegenüber der Gewerkschaftsbewegung und den Arbeitern in ihrem Land als Provokation erscheint,
• die unverzügliche Anerkennung des KCTU sowie seiner Mitgliedsgewerkschaften. Des weiteren fordern wir die Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter/innen. (Berliner Berichte)

Mercedes-Benz: Sozialabbau in großem Stil

Bei allen Mercedes-Werken, besonders bei den LKW- und Omnibus-Werken, sind enorme soziale Verschlechterungen geplant. Überall erpreßt die Geschäftsleitung Betriebsräte und Belegschaften mit Produktionsverlagerungen und Entlassungen. Schon im letzten Jahr wurden auf diese Art und Weise die Löhne und Gehälter im Kasseler Werk um pauschal 5% gekürzt.

Der Mannheimer Omnibusbau soll einen „Personalüberhang“ von mehreren hundert Arbeitern haben. Über hundert der Beschäftigten sollen in das Pkw-Werk nach Rastatt versetzt werden, wo durch das Anlaufen der „A-Klasse“ 1.600 Beschäftigte zusätzlich benötigt werden. Von Gaggenau und Wörth sollen ebenfalls Arbeiter versetzt werden. Für die Versetzten soll es einen finanziellen Ausgleich von 20.000 DM und eine Umzugsbeihilfe geben. Zugleich laufen für das Mannheimer Omnibuswerk Verhandlungen, die kurz vor dem Abschluß stehen. Hauptknackpunkt sind die Akkord- bzw. Erholzeitpausen von 5 Minuten pro Stunde, die immer noch im Tarifvertrag der IG Metall Nordbaden-Nordwürttemberg festgeschrieben und auch als „Steinkühler-Pausen“ bekannt geworden sind. In vielen Großbetrieben sind die Akkordpausen zum Teil oder ganz, wie z.B. bei Audi Neckarsulm, entgegen dem Tarifvertrag inzwischen abgeschafft. Ähnliches wird jetzt wohl auch in Mannheim vereinbart werden.

Der Betriebsrat mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Feuerstein an der Spitze will allerdings im Gegenzug

eine fünfjährige Beschäftigungsgarantie für die rund 10.000 Beschäftigten in Mannheim haben. Die Beschäftigungsgarantie, da wohl nicht einklagbar und nicht einigungsstellenfähig, ist allerdings nur eine Absichtserklärung. Wenn es hart auf hart kommt, ist sie wahrscheinlich nicht viel mehr wert als das Papier, auf dem sie steht. Für eine solche Betriebsvereinbarung hat der Betriebsrat vom LKW-Werk in Wörth weitreichende Zugeständnisse gemacht.

In den kommenden vier Jahren sollen die Beschäftigten auf drei Prozent der nominalen Lohnerhöhungen verzichten. Die Arbeitszeit- und Betriebsnutzungszeit wird weiter flexibilisiert. Die Zeitguthaben sollen für „betriebliche Qualifizierungen“ verwendet werden. Der Krankenstand soll auf das Daimler-Benz-Minusrekordniveau von 5% gesenkt werden.

Gewinner dieser Betriebsvereinbarung ist der Daimler-Benz Konzern. Vorstandsmitglied Zimmer meint: „Durch die Betriebsvereinbarung wird der Produktionsstandort Wörth wettbewerbsfähiger.“ (scr)

Tarifabschluß in der Papier- und Kunststoffverarbeitung

Mit Ablauf der Erklärungsfrist am 17. Januar 1997 hat der Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie dem Tarifabschluß vom Dezember 1996 zugestimmt. Damit ist die Tarifrunde 1997 beendet.

Hier noch einmal die Ergebnisse:
• Festschreibung der Entgeltfortzah-

lung von 100 Prozent bis 31. Dezember 2001

- Keine Verrechnung von Kuren mit dem Urlaub
- Senkung der Jahressonderzahlung von 100 auf 95 Prozent, dafür aber:
- Zuschuß des Arbeitgebers zum Krankengeld bis 80 Prozent ab der 7. Woche für 3 Monate, um für Langzeiterkrankte Verluste aus der gesetzlichen Absenkung des Krankengeldes auszugleichen

• Berechnung der Entgeltfortzahlung und des Urlaubsentgelts ohne Berücksichtigung der Überstunden

• Härtefallklausel: Durch freiwillige Betriebsvereinbarung kann die Jahressonderzahlung bis zum März des Folgejahres aufgeschoben werden; bei Nachweis wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann – gleichfalls durch freiwillige Betriebsvereinbarung und unter Verhandlungsbeteiligung und Zustimmung der Tarifvertragsparteien – ganz oder teilweise auf die Jahressonderzahlung verzichtet werden, unter Ausschluß von betriebsbedingten Kündigungen im Folgejahr

• Erhöhung der Löhne und Gehälter um 1,5 Prozent, der Ausbildungsvergütungen um einheitlich 20 DM; Laufzeit: 1. April 1997 bis 31. März 1998;

• Verschiebung der Einführung der 35-Stunden-Woche um fünf Monate auf 1. April 1998

• Keine Maßregelung von Beschäftigten aus Anlaß oder im Zusammenhang mit der Tarifrunde 1997

Industriegewerkschaft Medien Hauptvorstand Abteilung Tarif- und Betriebspolitik, gez. Wilma Krieger Stuttgart, 20. Januar 1997

Ein bis zwei Monatsgehälter für das „Firmenwohl“

Für die Verbilligung der Arbeitskraft werden selbst Tarifverträge geknackt

Die „Berichte aus Augsburg und Schwaben verfolgen seit einiger Zeit die Planung der Firmenleitung von Kleindienst, der Belegschaft unbezahlt Mehrarbeit, Tarifbruch, Streichung von Lohnbestandteilen abzuverlangen. Beispieldhaft sollte an diesem Betrieb aufgezeigt werden, was derzeit landauf landab in allen Branchen seitens des Kapitals versucht wird. Inzwischen steht fest, daß es sich bei dem vorgesehenen Einsparungskatalog nicht um die „übliche hohe Pokerei“ handelt, mit dem Belegschaften geschockt und die Betriebsräte unter Druck gesetzt werden. Die ersten Beschlüsse von Betriebsrat und Firmenleitung liegen jetzt vor: Kein Grund zur Entwarnung.

Mit dem Hinweis, es sei darum gegangen, die Firmen California-Kleindienst weiterbestehen zu lassen oder nicht, werden von den Belegschaften des Unternehmens in Augsburg, Schöllkrippen und dem bundesweiten Service 10 Mio. DM im Jahr 1997 abkassiert bzw. durch unbezahlte Mehrarbeit einbehoben. Die Maßnahmen sehen für Augsburg im einzelnen folgendermaßen aus:

- Der bisher gewährte Fahrgeldzuschuß wird gestrichen (ab 10 km Luftlinie Entfernung 43% der ÖPNV-Fahrtkosten).
- Freiwillige Zulagen – also Einkommensbestandteile, die oft anstatt einer Anpassung in den Lohn- und Gehaltsgruppen gezahlt werden – können bis zu 50% gekürzt werden.
- Bestehende 40-Stunden-Verträge werden auf die tarifliche Arbeitszeit von 35 Stunden/Woche reduziert. Es

werden natürlich auch die Löhne und Gehälter entsprechend gekürzt. Für Bedarfsfälle des Betriebs sind Ausnahmen möglich.

- Eine Jahresarbeitszeit wurde eingeführt, d.h. je nach Bedarf müssen die Beschäftigten 26 bis 42 Stunden je Woche arbeiten. Nur über den Zeitraum von 12 Monaten muß der Durchschnitt von 35 Stunden/Woche eingehalten werden. Allein durch diese Maßnahme werden im Gesamtkonzern 4,5 Mio Mark für Überstundenzuschläge usw. eingespart.

• 12 Minuten pro Tag werden als so-

genannte Wegzeit (zwischen Stempeluhr und Arbeitsplatz) von der Arbeitszeit abgezogen. Die Arbeiter und Angestellten arbeiten also eine Stunde/Woche umsonst.

- Urlaubs- und Weihnachtsgeld wer-

den um insgesamt 35% reduziert. Für

Öffnung dieser Tariflohnbestandteile –

immerhin bis zu 80% eines Monatsein-

kommens – mußten die Tarifabteilung

der IG Metall und des Bayerischen Me-

talldarbeiterverbands in München

ihre Zustimmung geben. Diese Öffnung

hat sicher zur Folge, daß weitere Betriebe

unter dem Hinweis, ihnen gehe es

schlecht, ähnliche Abzüge durchsetzen

wollen.

- Außertariflichen Angestellten (ab ca. 8000 DM) wird das Gehalt bis zu 30%

gekürzt. Und: „Von Mitgliedern der Ge-

schäftsleitung wird darüber hinaus ein

zusätzlicher Eigenbeitrag geleistet“.

Wenn man mal vom letzten Punkt, der

sich natürlich der Kontrolle der Belegs-

chaft entzieht, absicht, lassen sich die

Beschlüsse in Mark und Pfennig ausrechnen. Im November hatten wir noch „weit über 1.000 DM im Jahr“ für den Einzelnen geschätzt. Heute, konkret, kann sich ein Angestellter mit 6000 DM brutto Abzüge und Mehrarbeit mit einem Gegenwert von über 8000 DM ausrechnen. Ein anderer, bei dem Fahrkostenstreichung und 40- auf 35-Stunden-Reduzierung voll zum Tragen kommen, errechnet den Verlust von zwei Monatsgehältern im Jahr.

Für diese hohen Einbußen wird der Erhalt der Firma über das Jahresende 1996 hinaus genannt. Damit ist aber überhaupt keine Arbeitsplatzgarantie verbunden. Im Gegenteil. Weiterhin werden Kündigungen durchgesetzt. Für Augsburg ist das Ziel von jetzt ca. 400 auf „unter 300 Beschäftigte“ seitens der Geschäftsleitung vorgegeben.

Die Verhandlungen, die zum o.g. Ergebnis führten, wurden zwischen Bankenvertretern, Geschäftsführung, Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern geführt. Die Belegschaft insgesamt blieb außen vor. So gab es keine Beratungen von Vertrauensleuten mit der Belegschaft. Per Aushang wurde Mitte Januar mitgeteilt, was seit Anfang Januar gilt.

Die Banken haben eine monatliche Kontrolle der Betriebsergebnisse eingesetzt. Davon wird auch der Betriebsrat nur das zu hören bekommen, was das Kapital für nötig erachtet. Ansonsten können die Arbeiter und Angestellten nichts kontrollieren, auch nicht, was aus „ihren“ 10 Mio DM wird. Sie sollen nur hoffen. Und vor allem: Arbeiten! – (jol)

Richtungsparteitag

Anmerkungen zum PDS-Parteitag

von Andreas Grünwald

In den Landesverbänden der PDS haben die Auswertungen der Ergebnisse des Parteitags vom 17.-19. Januar begonnen. Andreas Grünwald aus Hamburg setzt sich kritisch mit dem ersten bewertenden Artikel in den Politischen Berichten 3/97 auseinander.

Der Beitrag von maf (Politische Berichte 3/97) verdient Widerspruch, da allein Vermutungen über das, was Delegierte gemeint haben mögen, wenn sie Entgengesetztes beschließen, Auswertung nicht ersetzt.

Der Parteitag stand unter dem Kirchentagsmotto „Sozial, solidarisch und alternativ“. (maf) vermutet, daß die Delegierten dies als „Konfliktkurs zum vorgefundenen Kapitalismus“ begreifen. Und wenn Bartsch „Sozialismus“ erwähnt, vermutet (maf), daß dies „Grundlagen für innerparteiliche Solidarität“ schaffe. Sozialismus ist für diese Leute aber etwas, was dort seine Grenzen findet, wodurch „Eigentümer das Interesse an der Verwertung seines Eigentums verlieren würde“ (Gysi). Der Antrag, die „Verfügungsgewalt der Eigentümer dort gesetzlich ein(zu)schränken, wo die Kapitalverwertung grundlegende soziale und ökologische Interessen gefährdet“, fand keine Mehrheit.

(maf) hat andere Sorgen: „Das Ziel mitzuregieren könne geeignet sein, als Anpassung angesehen zu werden. „War dies die Absicht der Mehrheit?“ Antwort: „Eher nicht.“ Schließlich: „Die Mehrheit hofft auf die Anpassung der Herrschenden, die sich mit der Existenz einer sozialistischen Option abfinden müßten, während in der Gesellschaft des Westens angenommen wird, die Partei verkaufe ihr Saatgut.“ Aber es war doch diese Mehrheit, die auch den Antrag, „die Frage einer Regierungsbeteiligung (können sich nur dann stellen), wenn diese konkrete Fortschritte für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel ermöglicht“, satt abschmetterte.

Väterliche Güte bei (maf) auch in zwei weiteren Fragen: Obwohl Zahlreiches zur Ausgrenzung und Zentralisierung beschlossen wurde, sei es zu einem gleichgeschalteten Statut nicht gekommen. Gysi sei „in zwei wichtigen Punkten (Ausgrenzung der Plattformen von den Parteitagen, Aufhebung der Amtszeitbegrenzung) gescheitert. (...) Es geht also weiter.“ Zweitens: In den Reden von Gysi und Luft sei auch Vernünftiges zu finden gewesen. Das ist originell. Keine Erwähnung findet, daß die Mandatszeitbegrenzung auf das Jahr 2001 verlagert wurde, die Parlamentsmandate ausgeklammert sind, sich dieser ganze wunderbare Beschuß also in null und nichts auflöst. Kein Wort darüber, daß z.B. die Forderung nach Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung aufgegeben wurde.

Es war ein Richtungsparteitag. Gysi hatte ihn gefordert: Erstens müsse ein Bekenntnis zum Verfassungsstaat herauskommen („demokratische Zuverlässigkeit“); zweitens müsse der Parteitag Zeichen für die „Marginalisierung sekterieller Positionen“ setzen; drittens sei Politikfähigkeit durch Wandel und die Bereitschaft zum Mitregieren deutlich zu machen. Und das fand eine Mehrheit. Ausnahme: die erwähnte Fra-

ge der KPF-Mandate. Daß dies allein Hoffnung für eine oppositionelle PDS begründen kann, scheint mir fraglich. Entscheidend ist doch der Gesamtverlauf des Parteitags und dessen Wirkung: Die PDS wird nun im Wahlkampf immer stärker in den realpolitischen Sumpf hineingetrieben. Widerstand ist angesichts des antiemanzipatorischen Zustands dieser Partei, aber auch der Schwäche der Linken kaum zu erwarten.

In der wahlpolitischen Diskussion wurde von Bisky auf die Debatte in der Rifondazione Comunista (RC) hingewiesen. Aber RC verweigert Regierungsbeteiligung und praktiziert eine Tolerierung, die sich aus klar erkennbaren inhaltlichen Kriterien ableitet und gleichzeitige Opposition einschließt. Das ist etwas anderes als die Null-Tolerierung in Sachsen-Anhalt. Der Unterschied zwischen Gysi und Bertinotti besteht darin, daß letzterer, unmittelbar nachdem er im Parlament die Rechtsregierung verhindert und Prodi möglich macht, den Saal verläßt, um sich an die Spitze einer Demonstration von Metallarbeiter zu stellen. Gysi versucht sich – nachdem er (staatsmännisch) der deutsch-tschechischen Erklärung seine Zustimmung gibt – als Redner beim kölischen Karneval – und wird rausgeschmissen.

Die BRD ist nicht Italien und die PDS nicht die RC. PDS = PDS = SED / ohne Sozialismus, das stimmt schon eher. Und Peter von Oertzen kritisiert an der PDS, daß marxistische Stalinismuskritik, eine solche von links und der Kapitalismus gebrochen werden müsse. Das SPD-Programm von '89 habe noch immer mehr inhaltliche Substanz als das, was sich in der PDS in dem Geschwätz von „Moderne“ und „liberalem Sozialismus“ dokumentiere.

Die Sache mit der PDS ist gelaufen. Im Westen werden diejenigen, die sich links von SPD und Grünen in politischen Auseinandersetzungen befinden, die inhaltsleere Abgedroschenheit der Lösung „Kohl muß weg“ begriffen haben, nicht mehr für die PDS gewinnen lassen. Sahra Wagenknecht konnte das als erste miterleben. Bei einer Buchbesprechung vor 500 Hamburgern mußte sie sich jetzt dafür rechtfertigen, überhaupt noch Mitglied dieser Partei zu sein. Aber außer dem Hinweis, daß diese Partei groß sei, fiel ihr nichts ein. Der Parteitag wird der West-PDS die Füße weghauen. Auch dann, wenn der Berliner Klüngel organisatorisch nicht mehr nachhelfen sollte. Verbleiben wird eine Art ostdeutscher BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechten – Red.), der dann in Probleme gerät, wenn Koalitionshoffnungen sich als Seifenblase herausstellen. So sehr kann sich Gysi gar nicht anpassen, als daß ihm seine SED-Vergangenheit verziehen wird. So wird er sich ständig mühen, „demokratische Zuverlässigkeit“ unter Beweis zu stellen.

Man kann vor Wut aufschreien. Das ist sicherlich hilflos. Einfaches Beharrungsvermögen, getreu dem Motto: „nichts hören, nichts sehen“, wird linke Interventionsfähigkeit freilich genauso wenig wiederherstellen.

(Andreas Grünwald ist Mitglied im Arbeitsausschuß der PDS/Linke Liste Hamburg)



„Den Sozialstaat verteidigen?“ – Warum auch nicht?

Wir setzen mit einem Beitrag aus der KAZ-Gruppe die Kontroverse um den „Sozialstaat“ (siehe zuletzt Politische Berichte 26/96) fort.

1. IN IHREM BEITRAG „WARUM DIE LINKE nicht um den Erhalt des Sozialstaats betteln sollte“ konstatiert die Göttinger Naturfreundejugend, daß wir uns in einer Situation befinden, in der „die Pfeiler der bürgerlichen Hegemonie in der Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften, bröckeln“, die Arbeiterklasse sich „radikaliert“ und charakterisiert diese Entwicklung als „Abwendung von Teilen der Arbeiterschaft vom derzeitigen Klassenkompromiß“. Da sie sich nach rechts vollziehe, müsse die Linke eine Strategie entwickeln, „den Klassenkompromiß von links aufzulösen“; jene könne jedoch nicht im „Klassenkampf von unten zur Rettung des Sozialstaats“ bestehen, weil der Sozialstaat ja gerade ein Teil des Klassenkompromisses zum Erhalt des sozialen Friedens sei. „Deshalb wollen die Herrschenden den Sozialstaat um jeden Preis erhalten“. Mit dem Zitat von Edmund Stoiber („Wenn dieses Land die Zahl von fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen erreicht, reißt das soziale Netz. Dann wird dieses Land vor gewaltigen Unruhen stehen.“) wird suggeriert, die Herrschenden würden eine revolutionäre Krise fürchten. Die Bestrebungen von Linken, insbesondere der DKP und der PDS, so eine Entwicklung aufzuhalten, werden auf dieser Grundlage als sinnlos, ja kontraproduktiv verurteilt und polemisch als „Betteln“ und „Winseln“ um den Erhalt des Sozialstaats abgetan.

Letzteres scheint der Grund zu sein, aus dem heraus manche Genossen der KAZ-Gruppe diesen Beitrag als „eine richtige Erfrischung“ empfinden und sich nur am Rande oder gar nicht zu der dort entwickelten Einschätzung und Strategie äußern, obwohl „dazu Klärung dringend notwendig wäre“, wie Genosse Corell seinen Beitrag beendet, nachdem er immerhin die Frage aufgeworfen hat, „was die Differenzierung in der Arbeiterklasse mit dem Zerfall der bürgerlichen Hegemonie“ zu tun hat. Wir hoffen, mit folgenden Erwägungen etwas zur Klärung beitragen zu können.

Wir teilen mit Genossen Corell die An-

sicht, daß die scheinbare Radikalisierung von Teilen der Arbeiterklasse nichts mit dem Zerfall bürgerlicher Hegemonie zu tun hat. Sie ist keine Abkehr vom sozialen Frieden, denn der Kapitalismus steht fester denn je, wenn Arbeiter den Faschisten und Rassisten hinterherlaufen, in ihren ausländischen Kollegen ihren Feind sehen und dazu auch noch glauben, besonders radikal für ihre eigenen Interessen einzustehen. Es ist auch kein Zerfall bürgerlicher Hegemonie, wenn immer mehr Menschen auf die Ungerechtigkeit schlechthin und auf die Parteien und Politiker schimpfen, solange sie sich selber für völlig machtlos halten und glauben, daß nicht Betriebsrat oder Gewerkschaft, sondern die Bild-Zeitung ihre Probleme lösen kann, wie uns eine erfolgreiche Kino- und Werbung weismachen will. Sondern die Bourgeoisie gewinnt in diesem Entwicklungsprozeß sogar an Stärke: mußte sie an den Reformismus gewisse Zugeständnisse machen (diese waren unmöglich, damit die Menschen überhaupt an ihn glauben), so kann sie dem desorganisierten, desillusionierten und resignierten Teil der Arbeiterklasse so ziemlich alles auftischen, ohne daß dieser zu einer Abwehr fähig wäre. Denn der wichtigsten potentiellen Kampforganisation seiner Klasse hat er ja den Rücken gekehrt, und so bleiben ihm die Kampforganisationen der Bourgeoisie, in denen nicht für die 35-Stunden-Woche, sondern für einen Platz an der Sonne gekämpft wird. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Stütze des Kapitals ausgedient hätten. Deswegen ist es notwendig, genau zu beobachten, auf welche politischen und ideologischen Mittel der Imperialismus seine Herrschaft stützt.

In der Tat können wir gerade eine Entwicklung beobachten, in der die Sozialdemokratie als Hauptstütze der bürgerlichen Hegemonie in der Arbeiterklasse – und damit verbunden der Klassenkompromiß „Sozialstaat“ – abgelöst wird. Durch die fortschreitende Entreichtung der Arbeiterklasse, der Heranreitung der Arbeiterklasse, der Heranhebung des Blutrechts gegenüber einem demokratischen Staatsbürgerschaftsrecht in gesetzlicher Praxis und regierungsoffizieller Ideologie, durch die zunehmende Deklassierung immer

breiterer Teile der Arbeiterklasse unter dem Vorzeichen antikommunistischer Hetze und nationalistischer Standortideologie, entwickelt sich ein Potential an Menschen, das den Herrschenden als faschistische Massenbasis dienen kann. Auch hier wäre die *Bild-Zeitung* erwähnenswert, da sie zum einen über eine Massenverbreitung verfügt, zum anderen mit ihrer Plakatkunst unter dem Schlagtruf nach Gerechtigkeit an der Formierung dieser Basis aktiv teilnimmt.⁴ Das (aufhaltsame) Ende einer solchen Entwicklung ist aus der Geschichte bekannt: eine sich sozial gerierende faschistische Bewegung als Hauptstütze der Bourgeoisie und damit verbunden sozialer Frieden (oder besser Friedhofsruhe) im Innern und Krieg nach außen. Dann hat die Arbeiterklasse im wesentlichen aufgehört, für ihre Interessen zu kämpfen, und das Kapital muß ihr nichts mehr zugestehen und braucht keine Sozialdemokratie mehr, um das Proletariat ruhigzustellen, sondern das Gift des Nationalismus und Rassismus, um sie in den Krieg schicken zu können. (Man braucht also nicht mei-

nen, daß der bayerische Ministerpräsident den „bevorstehenden Unruhen“ mit besonderer Angst entgegenblickt, nur weil er sein Klientel darauf einstimmt.)

Somit stellt sich ernsthaft die Frage, ob es überhaupt möglich sein kann, eine solche Entwicklung revolutionär zu nutzen, wie es die Naturfreunde jugend Göttingen vorschlägt.

Die Teile der Arbeiterklasse, die bereits verhetzt sind und auf Seiten der Faschisten stehen, sind für unsere Agitation und Propaganda nicht mehr erreichbar. (Sie könnten nur noch durch sichtbare Erfolge einer starken Einheitsfrontbewegung überzeugt werden, die jedoch zur Zeit nicht gibt.)

Die revolutionären Teile der Arbeiterklasse sind viel zu schwach, um alleine irgendwelche Kämpfe zu initiieren.

Die Mehrheit des Proletariats, die noch irgendwelche Hoffnungen oder Erwartungen mit der Sozialdemokratie verbindet, sowie SPD und Gewerkschaften selber sind mit der Tatsache konfrontiert, daß der Reformismus objektiv am Ende ist. Seine Basis war die

Stärke der Arbeiterbewegung, nicht zuletzt die Existenz der sozialistischen Staaten. Aufgrund der weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung ist das Kapital heute ohne größere Klassenauseinandersetzungen nicht mehr zu Zugeständnissen bereit. Im Gegenteil, die sich seit '89 rapide verschärfende imperialistische Konkurrenz zwingt das Kapital sogar, die Gelder über die sein Staat verfügt, in seine Kriegskassen zu leiten. Nun zerplatzen die Illusionen, die der Reformismus über die Machbarkeit eines humanen Kapitalismus verbreiten konnte, und der Reformismus steht vor der Entscheidung, auf die eigene Kraft vertraut zu kämpfen oder der Reaktion das Feld zu überlassen bzw. sich dem Kapital als der bessere Verwalter seiner Interessen anzudienen. In der Tat existieren beide Linien nebeneinander. Letztere treibt mit Sicherheit weitere Teile der Arbeiterklasse in die Arme der Reaktion und schwächt SPD und Gewerkschaften noch mehr, weshalb es durchaus die Tendenz gibt, dem Widerstand entgegenzusetzen, was – unabhängig vom Willen der Agierenden –

nicht möglich ist, ohne den Klassenkampf zu führen. Da jedoch jedem bewußt ist, daß Erfolge im Kampf nicht mehr so leicht zu haben sind wie früher und ein verlorener Kampf ebenfalls verheerende Auswirkungen haben kann, zudem die Furcht vor der Auseinandersetzung manche abschreckt, gibt es die entgegengesetzte Tendenz.⁵

Kommunisten sollten deshalb versuchen, derart in diesen Widerspruch einzutreten, daß in der Sozialdemokratie Tendenzen zum Widerstand verfolgt werden. Das neue an dieser Aufgabe ist, daß die Suche nach „dritten Wegen“ zunehmend ihre Grundlage verliert; es gibt nur Kampf oder Kapitulation. So ist der Erhalt des Sozialstaats⁶, der sozialen Errungenschaften nur durch Klassenkampf möglich. Das spezifisch Reformistische, die Illusionen, die mit dem Sozialstaat verbunden waren, der soziale Friede, den das Kapital im Tausch erhielt, gerade diese Faktoren sind heute eben nicht Bestandteil des Kampfes. Es erscheint uns nicht sinnvoll, in einer Situation, in der der Kampf um den Erhalt der sozialen Errungen

What is left? Who is right? Eine neue Übersichtlichkeit

Von Wal Buchenberg

Sozialstaat? Wie kommen wir zu einer praktischen Kritik?, hatten Martin Fochler in einem Beitrag zur Sozialstaats-Kontroverse in den Politischen Berichten 26/96 gefragt. An diese Fragestellung knüpft Wal Buchenberg mit seinem folgenden Beitrag an.

Spätestens seit der trotz Massenarbeitslosigkeit erfolgreichen Streikbewegung gegen den von Regierung und Unternehmen geplanten Diebstahl an der Lohnfortzahlung wird wieder offen von den beiden Extremen unserer Gesellschaft aus gedacht und gehandelt: von den wenigen großen Kapitalherren auf der einen Seite und den vielen Arbeitern und Lohnabhängigen auf der anderen Seite. Dazwischen suchen sich alle anderen gesellschaftlichen Kräfte ihren Platz. Also endlich wieder klare (Klassen)Verhältnisse und weiter im Text von MEW Band 23? Nicht ganz:

Es demonstrierten und protestierten auch KassenärztInnen mit Goldketten; in Italien streikten die Fußballmillionäre, um endlich wie Arbeiter behandelt zu werden. Immer mehr ehemalige Minister und Staatspräsidenten landen vor Gericht, teils weil in der DDR einem ganzen Regierungsapparat mit den Regierten auch Amt und Würde abhanden kamen, teils weil immer mehr „Staatsdiener“ in Europa mit bürokratischen Mitteln auf die politische Krise reagieren und die Gesetze, die sie bisher nur gegen uns Untertanen angewandt hatten, zunehmend auch gegen die Mächtigen wenden. In die frei werdenden Ministeressel drängen dafür frühere Turnschuhrevolutionäre. Die Welt gerät in Bewegung – aber wo bewegt sie sich hin?

Früher gab es den einfachen Kompass „links – rechts“ gleich „progressiv – reaktionär“. Aber immer weniger Leute wollen „links“ sein, und auch „Rechts“ ist ziemlich aus der Mode. Dagegen sieht sich die Bezeichnung „progressiv“ scheinbar zu Tode: Niemand will „reaktionär“ oder rückschrittlich sein, fast alle kommen inzwischen „fortschrittlich“ daher.

Die üblichen Verhältnisse drücken aufs

Gemüt, aber uns fehlen passende Worte, darüber zu sprechen.

Mein Vorschlag zur Neuorientierung auf dem politischen Kampfplatz möchte auf so traditionsreiche Begriffe wie „rechts – links“ und „progressiv – reaktionär“ nicht verzichten, vielmehr diese Terminologie, die bisher nebeneinander und durcheinander verwendet wurde, aufeinander beziehen und miteinander verbinden. Wie sich herausstellt, erhalten abgenutzte Begriffe dadurch analytische Schärfe.

Zunächst unterteile ich das Feld der politischen Auseinandersetzung in beharrende und in bewegende Kräfte. Alle beharrenden Kräfte, die den Status quo oder die „Realitäten“, wie sie das nennen, „wohl oder übel“ akzeptieren und im wesentlichen erhalten wollen, nenne ich konservativ oder die Mitte. Diese Mitte trägt immer noch die Regierung, und dort streiten sich zwischen dem „wohl“ akzeptieren und dem „übel“ akzeptieren die pfäffisch verlogenen Konservativen („uns geht's ja noch Gold“) mit den realpolitischen Konservativen („Schlimmeres verhüten!“) um Kanzlersessel und Ministerposten.

Von dieser politischen Mitte streben alle bewegenden Kräfte weg, die mit dem Status quo unzufrieden sind. Diese bewegenden Kräfte gehen alle davon aus, daß die politische Lage unhaltbar und umstritten ist und daß einschneidende Änderungen nötig sind. Je nachdem, ob der von ihnen erstrebte gesellschaftliche Zustand in der Vergangenheit oder in der Zukunft liegt, unterscheiden sich diese Kräfte in progressive und rückschrittliche Strömungen. (Dabei sollen diese Begriffe zunächst nur einen beschreibenden, noch keinen wertenden Inhalt haben.) Beide Strömungen trennen sich aber je nach dem gesellschaftlichen Boden, auf dem sie ihre Änderungen verwirklichen wollen:

Wir erhalten so eine progressive Linke (Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten) und eine progressive Rechte (kapitalistische Modernisierer, aber auch antiamerikanische und antimonalistische Bestrebungen auf kapi-

talistischer Grundlage). Beide Richtungen suchen politische Lösungen für heutige Probleme in der Zukunft.

Ebenso unterteilen sich die Rückschrittler in eine rückschrittliche Linke (für einen Honecker- oder Gorbatjew-Sozialismus, aber auch Landkommunen-Idylle) und in eine rückschrittliche Rechte (für ein Nazi-Deutschland, aber auch „Ausländeraus“-Bewegungen).

Diesen beiden Bewegungen ist gemeinsam, daß sie geschichtlich überholte Zustände wieder herstellen wollen.

Praktische Bedeutung hat diese Unterteilung in progressive und rückschrittliche Strömungen, weil progressive Gegner notwendig anders kritisieren und bekämpft werden müssen als rückschrittliche Gegner. Die Rückschrittler kann und muß man unter Rückgriff auf die allgemeine Erfahrung widerlegen. Da solche Erfahrungen weit verbreitet sind, finden offen rückschrittliche Bewegungen nur wenig Anklang. Progressive Gegner dagegen können zunächst nur theoretisch kritisiert werden und sind schwerer zu widerlegen. Tatsache ist, daß unsere Verhältnisse nach Änderung drängen. Daher findet jeder, der künftige Lösungen verspricht, mindestens Interesse, wenn nicht Anhang.

So einfach diese Unterteilung auch scheint, sie bleibt noch an der politischen Oberfläche. Denn die verschiedenen politischen Strömungen werden so nach ihren politischen Absichten unterschieden, und der gesunde (materialistisch denkende) Menschen versteht weiß, daß die Menschen viele Absichten haben, es aber meistens anders herausbekommt. Wer erfolgreich Politik machen will, wird sich ja auch nicht darauf verlassen wollen, daß der Gegner grundsätzlich keine Fehler macht und daß daher alles abzulehnen ist, was der Gegner vorschlägt.

Um das politische Geschehen nicht nur kritisch zu beobachten, sondern um auch praktisch eingreifen zu können, braucht es eine praktische Orientierung, und die kann nicht in den Unterscheidungen „vorwärts, rückwärts, rechts und links“ liegen. Grundlegend ist, daß diese vier politischen Richtungen in unserer Klassengesellschaft die Trennung von oben und unten. So gibt es zwar auf alle politischen Fragen eine „rechte“ und eine „linke“ Antwort: Ob Frauen abtreiben sollen oder nicht, ob eine bestimmte Straße gebaut

werden soll oder nicht, ob ein Atomkraftwerk beschickt werden soll oder nicht, ob mehr ausländische Zuwanderer kommen sollen oder nicht. Dieser theoretische Streit ist wichtig, aber sobald es praktisch wird, stellt sich die mit jeder politischen Maßnahme notwendig verbundene Frage, wer jetzt und in Zukunft darüber zu entscheiden hat. Mit

der theoretischen Frage, ob jemand für oder gegen Abtreibungen ist, ist die praktische Frage verbunden, ob die Betroffenen oder die Bürokratie darüber zu entscheiden haben. An der theoretischen Frage, ob jemand für mehr oder weniger Zuzug aus dem Ausland ist, hängt die praktische Frage, daß die Entscheidung darüber der Bürokratie genommen werden muß und zum Beispiel bei Wirtschaftsmigranten den DGB-Gewerkschaften als den nächsten Betroffenen (bzw. deren Vertretung) überlassen werden kann. Bei jeder praktischen Forderung und Maßnahme kommt es entscheidend darauf an, ob eine bürokratische oder eine demokratische Lösung gesucht wird.

Die politische Strategie danach ausrichten, ob politische Lösungen „denen da oben“ oder „denen da unten“ die Entscheidungsmacht geben, ganz egal ob man inhaltlich eine Forderung teilt oder nicht, das heißt die Machtfrage so stellen, daß sie für die wirklichen Mehrheiten, für Millionen von Menschen attraktiv ist. Und wer dabei nicht die Grundüberzeugung teilt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung im großen und ganzen herausfindet – wenn sie nur gelassen wird –, was die richtigen Entscheidungen sind, der/die ist und bleibt ein(e) hoffnungslose(r) Bürokrat(in).

Von den Gewerkschaften wird allgemein anerkannt, daß diese Kampforganisationen um so stärker sind, je mehr Menschen unterschiedlicher Anschauungen sich an ihren Aktionen beteiligen. Aber auch alle politischen Bewegungen in Deutschland der letzten Jahrzehnte, angefangen von der Frauenbewegung über die Friedensbewegung, über die Ökologiebewegung bis zur Demokratiebewegung in der DDR, die den Honecker-Apparat verjagt hat, waren nicht „linke“ oder „rechte“ Bewegungen, sondern wirkliche demokratische Mehrheitsbewegungen, in denen sich linke und rechte, fortschrittliche und rückschrittliche Strömungen gegen die Staatsbürokratie zusammenschlossen. Und alle diese Bewegungen waren ziemlich erfolgreich. Wer die Signale hören will, der höre!

schaften eine gemeinsame Basis für revolutionäre und reformistische Teile der Arbeiterklasse darstellen kann, mit dem Verweis auf das „Ständische“ am Sozialstaat und den damit verbundenen reformistischen Gefahren, diesen Klassenkampf nicht führen zu wollen. In diesem Zusammenhang halten wir es insbesondere für unangebracht, wenn Genosse Corell Parallelen über das „Treue- und Fürsorgeverhältnis“, das vom „deutschen Faschismus zur Staatsräson erklärt“ wurde, zur „gesamten Arbeits- und Sozialgesetzgebung“ der BRD zieht. Solche fragwürdigen Hinweise sind nur dazu geeignet, die Basis für den gemeinsamen Kampf zu schwächen.

2. IN DER GANZEN DISKUSSION WURDE WIEDERHOLT den staatlichen sozialen Einrichtungen die selbständige Arbeiterkasse gegenüber gestellt. So merkt z.B. Genosse Corell an, daß die „von Staats wegen per Steuern und Sozialabgaben abgezwackt(en) ... Gelder ... zur Manövriermasse des Staates und der ihn beherrschenden Kräfte“ werden, also z.B. zur Kriegsführung gebraucht werden können. Dieses System sei von Bismarck

TERMINE

2. März: Kommunalwahlen in Hessen

8./9. März: Frühjahrstagung der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung im Raum Heidelberg. U.a. Bericht der neuen Redaktion, Bericht der Genossen, die der DKP beitreten wollen. Infos und Anmeldungen bei der KAZ-Redaktion, Schwanthalerstr. 139, 80339 München.

14., 15. und 16. März: *Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektiven*. Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königsworther Platz 1) Eröffnungsplenum: Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung (Einleitungsreferate mit Diskussion) Podiumsdiskussionen: + Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts: + sozialökonomische Analyse + Klassengesellschaft und Individualisierung + Demokratie, Menschenrechte, Sozialismus + Hat Klassenbewegung Zukunft? - Gewerkschaften Einführungsvorträge: Vordenker des Marxismus für das 21. Jahrhundert U.a. zu Rosa Luxemburg, Bertolt Brecht, Antonio Gramsci, Walter Benjamin, Georg Lukacs. Workshops: Etwa 30 Workshops zu Einzelthemen in autonomer Gestaltung ihrer jeweiligen Träger, Kommunikation, Vernetzung ... Präsentation und Diskussion der marxistischen Linken in der Bundesrepublik. Breites Spektrum. Starke Beteiligung Ost. Tagungsbeitrag DM 20.-/30.- sowie preiswerte Verpflegungs- und Übernachtungsangebote.

Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Unterstützt von Zeitschriften, Vereinigungen, Arbeitsgruppen der marxistischen Linken in der Bundesrepublik.

Jetzt schon vormerken - oder noch besser: anmelden an: Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Straße 66, 60327 Frankfurt/M.

15. März: Tagung der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte in Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz.

15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgästehaus, An der Schanz.

31.7.-3.8. Linke Sommerschule in Schnepfenthal

20.-31.8.: UZ-Pressfest in Dortmund.

eingerichtet worden, „damit die Arbeiter ihre soziale Sicherung nicht auf einigen Konto und gegen den Staat und die Bourgeoisie in die Hand nähmen“. Es erscheint uns fragwürdig, solche Überlegungen ohne Bezug zu Zeit und Raum in die Diskussion einzubringen. In Anbetracht des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses, des Organisationsgrads der Arbeiterklasse und des Stands der aktuellen Auseinandersetzung ist die Einführung von selbständigen Arbeiterkassen unmöglich und ihre Propagierung unverantwortlich.¹ Schon seit längerem macht sich durch die zunehmende Arbeitslosigkeit sowie die verstärkte Flexibilisierung ein Trend zur privaten Vorsorge bemerkbar. Immer mehr Menschen sind „frei“ beruflich tätig oder machen sich „selbstständig“ und müssen für Gesundheits-, Altersvorsorge oder Arbeitslosigkeit selber aufkommen. Diese Tendenz wird ja auch bewußt von der Reaktion gefördert, weil sie möchte, daß die Leute selber für sich sorgen und keine Ansprüche mehr an den Staat stellen. Die Vorstellung, daß es in einer entwickelten Gesellschaft die Aufgabe des Staates sein könne und müsse, wenigstens für ein Mindestmaß an sozialen Absicherungen zu sorgen, wird so aus dem Bewußtsein der Menschen vertrieben. Eine solche Entwicklung kann eigentlich keinen Kommunisten freuen, gerade dann nicht, wenn er weiß, daß der kapitalistische Staat sowieso nie etwas mit den Interessen der Werktagen am Hut hatte. Heute die Arbeiterkassen hochzuhalten, läuft auf die Propagierung der Selbstversorgung hinaus und verstärkt damit jene Tendenz: Wir versichern uns selber, dann braucht uns nicht mehr kümmern, was der Staat macht, der Klassenkampf ginge dann, wie Genossin Erika in ihrem Beitrag fordert „wirklich nur um die Mark und die Stunde“, und „nicht um soziale Rechte“. (Wenn die Genossin ihre Forderung auch aus anderen Gründen herleitet - zu denen Genosse Wolf und Genosse M. Fochler bereits einiges gesagt haben - so landet sie doch genauso dabei, den Abbau der sozialen Errungenschaften zu verharmlosen.)

Sozialhilfe, Erwerbslosenunterstützung, Kündigungsschutz, Wohngeld, Mietpreisbegrenzungen, all diese sozialen Rechte und Errungenschaften dienen dazu, die Konkurrenz in der Arbeiterklasse abzuschwächen und ihre Solidarität zu stärken, weswegen sie sie vor allem auch im Interesse ihres Kampfes verteidigen muß. Der Abbau der Bildung (Streichung des 13. Schuljahres, Streichung von Lehrmitteln, von Bafög, Massenuniversitäten zu Eliteuniversitäten, von der Zementierung des ständischen Schulsystems ganz zu schweigen) schwächt die Arbeiterklasse und ist von Standpunkt der Demokratie äußerst bedenklich. Für all diese sozialen Faktoren lassen sich Bündnispartner im Kampf um sie finden, entgegen der Ansicht von Genossin Erika, das Proletariat stünde heute alleine. Die Kämpfe, die unweigerlich stattfinden werden, werden um diese Errungenschaften geführt werden und müssen von uns genutzt werden, um die Massen an die soziale Revolution heranzuführen.

Flo B., MB (Mitglieder der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung und der DKP)

¹ Dies geht aus dem Schlussatz des Artikels hervor, in dem in diesem Zusammenhang der „neue Gesellschaftsvertrag“ und die „antimonopolistische Demokratie“ genannt werden.

² Nach der ersten Zwischenüberschrift in dem Göttinger Artikel kommt eine gewisse Begriffswirrung auf, indem „Erhaltung des Sozialstaats“ und „Erhaltung des sozialen Friedens“ gleichgesetzt werden. Das ist aber nicht dasselbe. Das Kapital hat in aller Regel

ein Interesse am „sozialen Frieden“, also daran, daß der Klassenkampf nicht offen ausbricht. Aber es ist ein Irrtum, daß die Bourgeoisie für die Erhaltung des „sozialen Friedens“ nur eine Option hätte, nämlich eine Politik von reformistischen Zugeständnissen an die Werktagen, die sich dann mit euphorischen Begriffen wie „Sozialstaat“ in die Illusion ummünzen lassen, die Arbeiter könnten mit diesem System ihren Frieden machen.

Sondern die Herrschenden können diesen „Frieden“ auch mit Gewalt herstellen, durch Abbau demokratischer Rechte, Ausbau des staatlichen Gewaltapparats, durch Zerstörung der Arbeiterorganisationen, Einschüchterung und Vereinzelung.

Und schließlich kann die Bourgeoisie dumpfe Radikalisierungstendenzen im Kleinbürgertum aber auch unter Arbeitern, bei denen nicht einmal mehr Ansätze oder Überreste von Klassenbewußtsein vorhanden sind, dadurch kanalisieren, daß sie Arbeiter gegen Arbeiter hetzt, Arbeiter gegen Sozialhilfeempfänger und Asylsuchende, Deutsche gegen „Ausländer“.

Wenn ein Arbeiter seine Wut auf „die da oben“ an seinesgleichen ausläßt, insbesondere an noch Rechtlosen und Wehrlosen, dann kann das durchaus der Erhaltung des „sozialen Frieden“, der Unterdrückung des Kampfes der Arbeit gegen das Kapital dienen.

Dabei entscheidet sich die herrschende Klasse keineswegs ausschließlich für eine diese Optionen, und auch worauf der Schwerpunkt in den Kombinationen dieser Methoden liegt, verändert und entwickelt sich unter erheblichen Widersprüchen zwischen Kapitalvertretern und zwischen ihren politischen Handlanger.

Aber eindeutig geht die Entwicklung weg von einer Politik systemstabilisierender Zugeständnisse an die Massen hin zu offener Reaktion und Schaffung einer faschistischen Massenbasis.

Diejenigen rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, die nach wie vor Zugeständnisse der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten durchsetzen, für die sie nicht mehr das geringste Zugeständnis ihrer „Sozialpartner“ erhalten, tun dies in der Illusion ihrer Unentbehrlichkeit für die Bourgeoisie. Und wir fürchten, daß mancher radikale Linke mit Argumenten wie die Göttinger Genossen demselben Trugschluß gleichsam mit umgekehrtem Vorzeichen aufsitzt.

Als sich während der Weltwirtschaftskrise rechte Gewerkschaftsführer den Herrschenden als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ andienten, da pappelten diese bereits den Metzger Hitler und seine Bewegung hoch, dem einige Jahre später die Staatsgewalt übergeben und auch noch die staatstragenden sozialdemokratischen Führer geopfert wurden.

An dieser Erfahrung sollte sich auch die Bündnispolitik von Kommunisten, klassenbewußten Arbeitern und revolutionären Menschen angesichts der absehbaren Entwicklungen orientieren.

³ Selbst wenn diese Entwicklung nicht immer offensichtlicher in faschistischen Bahnen verlaufen würde, könnte sie den Kapitalismus nicht gefährden. So können die Armut- und Elendsunruhen in den USA zwar den kapitalistischen Geschäftsaltag etwas durcheinanderbringen, aber nicht mehr als einen - zudem marginalen - finanziellen Schaden anrichten.

⁴ Sie bedient in dieser Propaganda antikapitalistische Ressentiments und vermischt diese mit der Hetze gegen sozial noch Schwächeren.

⁵ Daß dieses Dilemma von der Sozialdemokratie nicht erkannt und problematisiert wird, führt zu den absurd Kamingesprächen, zu denen die Gewerkschaftsführer ohne Verhandlungsmaße erscheinen und sich entsprechend lächerlich machen.

⁶ Uns ist klar, daß dieses Wort irreführend ist, da es sich weder um eine besondere Gesellschaftsform, noch um eine besondere Herrschaftsform des Kapitals handelt. Dennoch halten wir es für legitim, diesen Begriff dort zu gebrauchen, wo er dasselbe ausdrückt, wie „soziale Errungenschaften“.

⁷ Im übrigen wäre anzumerken, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterkassen teilweise auch ein Problem für die Arbeiterbewegung waren, weil sie dem Reformismus ideologisch („Wenn man für sich selber sorgt, ist ein Auskommen im Kapitalismus schon möglich“) und personell (Arbeiteraristokratie) eine weitere Basis geboten haben. Auch gab es nie eine Absicherung, daß das Kapital oder sein Staat nicht auch an deren Gelder herankommen, indem sie sie z.B. durch Bestechung und Intrigen bankrott machen und die Fleitstückchen an sich reißen (Co-op, BfG, ...).

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 98 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511 / 458 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 50 28 11 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bankunterschrift

„Wir und Sie“

Zur Rolle deutscher Dichtung für die Entstehung des deutschen Wesens

Das Erstarken der BRD und damit einhergehend des deutschen Nationalismus hat zwar vor allem zu einer Schwächung kritischer Positionen und zu weitreichender Anpassung der politischen Opposition speziell im Westen geführt – sichtbar vor allem in der diskutierten und praktizierten Neubestimmung deutscher Außen- und Militärpoltik. Um so mehr Beachtung aber ist der Entwicklung einer Kritik zu schenken, die sich mit Entstehen und Wirken der „deutschen Ideologie“ befasst und für den Widerstand gegen deutsches Hegemoniestreben, gegen die Herausbildung eines „4. Reiches“ reichhaltiges Material bereitstellt.

So erschien im letzten Jahr unter dem Titel *Machtphantasie Deutschland* eine Aufsatzsammlung, die „Nationalismus, Männlichkeit und Fremdenhaß im Vaterlandsdiskurs des 18. Jahrhunderts“ untersucht.

Im Diskurs der französischen Aufklärung sind mit dem Begriff Vaterland immerhin politische Konzeptionen wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit verbunden, jedenfalls bis zum Ende des 18. Jahrhunderts überwiegend. Das heißt, die sich in Frankreich herausbildende bürgerliche Lebensweise – als zusammenfassender Begriff für Institutionen, soziale und politische Praktiken, Ethisken, Symboliken – schöpft ihre Legitimation ganz wesentlich aus der Autorität der politischen Idee der freien Gemeinschaft Gleicher. (Entsprechend verbinden die französischen Aufklärer etwa mit dem Begriff Volk keine Blut- und Boden-Vorstellungen; für ihre Definition von Volk ist die Arbeit, und zwar die nicht über Produktionsmittel verfügende Arbeit, das entscheidende Kriterium.)

In Deutschland dagegen etabliert sich, und zwar keineswegs, wie oft behauptet wird, erst im 19., sondern bereits im 18. Jahrhundert, eine völlig andere Vaterlandskonzeption. Vorreiter eines völkisch geprägten deutschen Nationalismus, einer Volksgemeinschaft der Deutschen, sind bürgerliche Intellektuelle, Dichter und Aufklärer wie Möser, Klopstock, Kleist und viele andere.

Die Autoren des Bandes gehen der Frage, warum der Nationalismus (gemeint nationales Denken überhaupt und nicht nur seine nationalistischen Auswüchse) sich gerade in Deutschland so extrem ausbildete, nicht ausdrücklich nach. Sie arbeiten aber heraus, daß der Nationalismus der Nation, dem „Vaterland Deutschland“ vorausging, und darin liegt wohl eine Antwort. Das bürgerli-

che deutsche Wesen, das sich als gesellschaftliche Praxis herausbildete, zu der Dichter und Denker die Idee stifteten, konnte sich nur durch die Aufhebung der deutschen Kleinstaaten durch einen großen zum herrschenden Wesen erheben. So vollzog sich im Bildungsprozeß des modernen deutschen Reiches eine kulturell determinierte Abgrenzung; es entstand als „Staat der Deutschen“.³

„Nationale Identität“

Für die Legitimation des zum Staat drängenden deutschen Wesens spielte die germanische Mythologie, seit Huttens Hermann-Dialog von 1529 vor allem der Hermann-Kult, eine tragende Rolle. Insbesondere das 18. und 19. Jahrhundert lieferten eine gewaltige Anzahl von einschlägigen epischen Darstellungen, Dramen, Opern und Gedichten, von denen im ersten Aufsatz des Bandes vier – von Schlegel (1740/41), Möser (1749), Klopstock (1769) und Kleist (1784/87) – analysiert werden. Die Bearbeitung des Motivs – Auseinandersetzung zwischen Germanen unter „Hermann dem Cherusker“ und Römern unter dem Feldherrn Varus ermöglicht die Entwicklung der mythisch begründeten Ideologie einer deutschen Bluts- und Abstammungsgemeinschaft. Vor allem in den Hermann-Dramen von Klopstock und Kleist festigt sich ein Vaterlandsbegriff, der sich deutlich vom politischen Konzept der freien Gemeinschaft Gleicher absetzt. Die Freiheit des „Vaterlandes“ ist da nicht Mittel, sondern der Zweck, der sich im Sieg, in der Vernichtung des Gegners verwirklicht und im Vernichtungsräuschen nicht Maß und Schranken kennt. „Germanien“ ist nicht ein politisches Ziel, für das gekämpft wird, es existiert real nicht, und darum geht's auch nicht: „Germanien“ realisiert sich, insbesondere in Kleists Drama, *in denen*, die kämpfen und siegen – hier ist eine Bestimmung des „Vaterlandes“ bereits angelegt (Deutschland ist, wo Deutsche sind), das in der nationalsozialistischen Ideologie voll entfaltet wird und grenzenlose Expansion des deutschen Reiches rechtfertigt. In den Hermann-Dramen schlägt sich schon sehr früh deutscher Weltherrschaftswahn nieder, so bei Möser: „Jetzt kommt es nur allein auf einen Sieg noch an: / So ist Rom und die Welt uns Deutschen untertan.“

Die Kehrseite des durch Abgrenzung gegen einen äußeren „Feind“, des durch ein Feindbild definierten Vaterlandes findet sich im Verhältnis von „Vaterland“ und Individuum. Auch hier ist der

Gegensatz zur französischen Aufklärung evident, die die „Liebe zum Vaterland“ wohl unter die politischen Tugenden zählt – als Selbstbeschränkung des Egoismus des einzelnen zugunsten eines „Gemeinwohls“ –, aber insofern nicht bedingungslos, als der Vaterlandsbegriff dort untrennbar mit der Freiheit und Gleichheit der Mitglieder der Gesellschaft verknüpft ist. Im deutschen Vaterlandsdiskurs dagegen, ausgehend von der Hermann-Dramatik, fortgesetzt etwa in Liedern und Texten rund um den Siebenjährigen Krieg (Preußens gegen Österreich), erhält das „Vaterland“ un hinterfragbare, direkt durch Gott verliehene Allmacht, die sich im König, dem „Führer“ als Inbegriff der „nationalen Identität“ verkörpert. Das Individuum hat sich bedingungslos unterzuordnen; für König, Gott und Vaterland zu töten und zu sterben, hat ihm Pflicht und Erfüllung zu sein. Verse wie „*Unsterblich macht der Helden Tod / Der Tod fürs Vaterland!*“ und „*Auf Leichen hoch einher. / Dacht' in dem mörderischen Kampf / Gott, Vaterland und dich / Sah, tief in schwarzem Rauch und Dampf, Dich / seinen Friedreich*“ (den II. von Preußen – scc) haben in der aufblühenden Kriegs- und Vaterlandslyrik des 18. Jahrhunderts Hochkonjunktur. Ausrütscher des heute kaum noch bekannten Kriegsdichters Gleim? Nein. Herder, Goethe und auch Lessing lobten seine Kriegslieder als Beginn einer neuen deutschen Poesie: „*Hier hat einmal ein Deutscher Dichter über sein Deutsches Vaterland ächt und brav Deutsch gesungen*“, so etwa Herder (zitiert nach S. 74f).

Die Volksgemeinschaft entsteht

Das Fremde ist der deutschen Nation, wie sie sich in der Vaterlandsdichtung des 18. Jahrhunderts profiliert, Material ihrer eigenen Darstellung. Was nämlich „deutsch“ ist, wird hier vor allem durch das „Nicht-“ bzw. „Undeutsche“ definiert. In der Abgrenzung gegen die harschüchten, geldgierigen, verweichlichten Römer (in den Hermann-Dramen), gegen die sitzenlosen und falschen Franzosen, die feigen Ungarn etc. wird die „deutsche Wesensart“ herausgearbeitet, die in einem Gedicht aus dem jungen Dichterkreis des „Göttinger Hain“ etwa so beschrieben wird: „*O Land der alten Treue! Voll Muts / sind deine Männer, sanft und gerecht; / Rosig die Mädchen und sittsam; / Blitz Gottes die Jünglinge!*“ (zitiert nach S. 111)

Aus der Grundstruktur deutschen Denkens, das im Fremden keine Bereicherung, sondern eine Bedrohung sieht und ihm die Subjektivität, die Bestimmung durch sich selbst, raubt, entwickelt sich nicht zuletzt das völlig irreale deutsche Überlegenheitsdenken. Vor allem Sprache, Wissenschaft und Kunst müssen herhalten, die Inferiorität des Fremden und die eigene Überlegenheit zu „beweisen“. In dem Aufsatz über „Identitätskonzepte und Feindbilder in der ‚patriotischen‘ Lyrik Klopstocks und des Göttinger ‚Hain‘“ (S. 80ff.) wird beispielweise die Eingangszeile aus Klopstocks Epigramm *Unsere Sprache* zitiert: „*Daß keine, welche lebt, mit Deutschlands Sprache sich / In den zu kühnen Wettstreit wage!*“ – eine als Drohung daherkommende Behauptung über Qualitätsunterschiede zwischen der deutschen und anderen europäischen Sprachen, aus der einige Jahrzehnte später der deutsche Philo-



Postkarte zum 100jährigen Bestehen des Hermannsdenkmals (1975) im Teutoburger Wald bei Detmold

soph Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation“ die umfassende kulturelle Überlegenheit „deutschen Geistes“ und deutschen Wesens ableitet.

Die Abgrenzung gegen das „Fremde“ und die Legitimation der Vernichtung des „Fremden“ in Gestalt äußerer Feinde findet ihre Entsprechung im Innern. Kritisch vermerkt ein Autor im Jahr 1816: „*Wir Deutsche haben nach dreihundertjährigen Drangsalen die große Entdeckung gemacht, daß uns noch vieles Andere gemeinsam ist, daß wir ein Volk sind. (...) Seitdem ist unter uns ein reger Eifer entstanden, alles Fremde von uns auszuscheiden.*“ Der Aufsatz *Das Fremde ausscheiden* (S. 123ff) untersucht am Beispiel Achim von Arnims den frühen Antisemitismus als „integrale(n) Bestandteil eines genuin fremdenfeindlichen Nationalismus, der die Juden als Gegenbild zum eigenen Ideal und Selbstverständnis braucht“. Vor allem in zwei Werken stempelt Arnim, der 1811 die „Christlich-deutsche Tischgesellschaft“ gründete, den namhafte Vertreter des preußischen Militärs, der preußischen Beamenschaft und einige Dichter angehören, „die Juden“ zu Trägern und Nutznießern kapitalistischen Wirtschaftens. Als Propagandist eines einzigen Deutschlands, in dem für Fremde kein Platz ist, wendet er sich gegen die rechtliche Gleichstellung der Juden – es sei denn, sie legten ihr Judentum ab. An Arnim wird aber auch deutlich, wie solcherart Denkformen, in denen das Fremde als Material erscheint, das verarbeitet werden muß, und das eigene Sein gefährdet, wo es nicht verarbeitet werden kann, sondern Subjektivität beansprucht, Faschismus und Judenvernichtung vorbereiten. In seinen „Tischreden“ vor besagter Tischgesellschaft versteigt er sich zu einer Metaphorik, die die Juden als „Ungeziefer“ aus der mitmenschlichen Identität herausnimmt, und zieht mit der Scherhaftigkeit deutschen Gemüts ihre Vertreibung und Vernichtung in Erwägung. (scc)

(1) Hans Peter Herrmann u.a., *Machtphantasie Deutschland*, Frankfurt 1996, 19,80 DM

(2) Siehe d'Alembert, Diderot u.a., *Enzyklopädie*, Eine Auswahl, Frankfurt 1989

(3) Siehe auch PB 12/96, *Der deutsche Nationalismusvorwurf an die Kurden und die Nationalitätenpolitik der PKK*

(4) In einer Szene antwortet Hermann dem gefangenen „romfreundlichen“ Germanen Aristan: „*Fragst, wo und wann Germanien gewesen? / ... / Doch jetzt, ich versichre Dich, jetzt wirst du / mich schnell begreifen, wie ich es gemeint: / Führt ihn hinweg und werft das Haupt ihm nieder!*“ – Aristan; „*Wie, du Tyrann! Du scheust dich so wenig?*“ – Marbod „*Die Lektion ist gut.*“ ... Fust: „*Was gilt, weiß jetzt, wo Germanien liegt?*“



50 000 Menschen säumten den Weg des Trauerzugs, der Klopstock aus der Hamburger Innenstadt zu seiner Grabstätte in Hamburg-Ottersen geleitete. Auch die Grabinschrift drückt den Einfluß aus, den Klopstock auf seine Zeitgenossen hatte: „*Deutsche nahet mit Ehrfurcht und mit Liebe der Hülle eures größten Dichters.*“ Zu den Gedichten, die seinen nationalen Ruhm begründeten, gehört die folgende Blüte deutscher Hochkultur: „*Ich bin ein deutsches Mädchen! / Mein Aug' ist blau, und sanft mein Blick, / Ich hab ein Herz / Das edel ist, und stolz, und gut. / Ich bin ein deutsches Mädchen! Zorn blickt mein blaues Aug' auf den, / Es haßt mein Herz / den, der sein Vaterland verkennt. (...)*“ (Vaterlandslied, 1770)